

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition (Sturkstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Tschirnstraße 11, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rmt. monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einzeln. Zustellungsgebühren 2,46 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5832.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Besuchs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Sturkstraße 4/6 oder in den Zweigstellen) abgegeben werden.

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Poincaré siegt über das Recht.

Die Verhaftung der Kommunisten unter Verletzung der Verfassung beschlossen. — Die Radikalen feige zusammengelappt.

Paris, 12. Januar. (Eig. Drahtbericht.) In der Donnerstags-Sitzung der Kammer, die sich schon äußerlich — die Minister sind mit Ausnahme Painlevés vollständig erschienen und die Tribünen sind überfüllt — als großes politisches Ereignis ankündigte, hielt der zum Präsidenten wiedergewählte sozialistische Abgeordnete Buisson zunächst eine längere Rede. Die Rede wurde von der Kammer mit großem Beifall aufgenommen.

Die Sitzung wurde dann unterbrochen, um den Ministern, die Mitglieder des Senats sind, die Teilnahme an der Wahl seines Präsidiums zu ermöglichen. Der Senat wählte Doumer mit 215 von 252 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten wieder.

Inzwischen herrschte innerhalb und außerhalb des Kammergebäudes große Erregung wegen der Entscheidung über das Schicksal der verurteilten fünf kommunistischen Abgeordneten, von denen nur Cachin und Baillant-Couturier erschienen waren. Die Polizei hatte am Donnerstag wiederum außerordentliche Maßnahmen ergriffen; der Polizeipräsident von Paris war selbst mit den höchsten Beamten in Aktion getreten.

Als die Sitzung wieder eröffnet war, forderte Uhrig im Namen der sozialistischen Fraktion die Aufrechterhaltung der parlamentarischen Immunität der kommunistischen Abgeordneten. Der Justizminister ersuchte um Ablehnung des sozialistischen Antrags und stellte die Vertrauensfrage.

Paris, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht abends 9 1/4 Uhr.) Im weiteren Verlauf der Kommunistenrede in der Kammer steigerte sich die Erregung der Abgeordneten so, daß eine Niederlage der Regierung immer mehr in den Bereich der Möglichkeit rückte. Als Justizminister Bartheu gesprochen hatte, kam gleich Cachin zum Wort, der in geschärfelter Weise dagegen protestierte, daß die Regierung ihn abwechselnd im Gefängnis, in der Kammer und wieder im Gefängnis haben wolle. Die kommunistischen Abgeordneten würden sich zu einem solchen Spiel nicht hergeben, und nichts werde sie von der Ausübung ihrer Pflichten abhalten: „Wir sind hierhergeschickt worden, um unsere Ideen ehrlich zu vertreten; unsere Wähler sind ebensoviel wert wie die Ihrigen. Sie haben das Recht, hier vertreten zu sein!“

Dann besteigt Leon Blum die Tribüne, dessen Ausführungen einen außerordentlich starken Eindruck auf die Kammer machten. Er verlangte die Beobachtung der Verfassung, die nur eine Deutung, die im Sinne der Aufrechterhaltung der parlamentarischen Immunität, zulasse. Die Regierung stelle die Vertrauensfrage nur, um jene Abgeordneten, deren Einstellung sie nicht sicher wäre, zur Stimmabgabe für sich zu zwingen. Zu den Radikalen gewendet, ruft Blum aus: „Hier sollen Abgeordnete auf Grund jener Ausnahmegesetze verurteilt werden, deren Beseitigung Sie gesichert haben. Ihr Republikanismus wolle das akzeptieren, ich kann es nicht glauben!“ Ministerpräsident Poincaré springt auf, Blum aber spricht weiter, indem er den Unterrichtsminister Herriot persönlich apostrophiert, der einmal den Präsidentenstuhl der Kammer verlassen hatte, um gegen die von Caillaux zur Sanierung der Finanzen geforderten Ausnahmegesetze zu protestieren. Blum fragt Herriot direkt, ob er, nachdem er damals durch sein Auftreten den Sturz des Kabinetts herbeigeführt hatte, wieder für das Recht der Immunität in die Arena steigen würde. Blum schließt mit den Worten: „Das politische Problem stellt sich in seiner ganzen Bedeutung dar. Die Republikaner müssen es lösen.“

Die Aufregung hat ihren Höhepunkt erreicht. Die Lage der Regierung ist kritisch. Da verlangen ihre Freunde Unterbrechung der Sitzung, die beschlossen wird.

Die radikale Fraktion trat eilig zusammen. Auch Poincaré und Justizminister Bartheu waren in der Beratung. Nach einer halben Stunde wird die Kammer Sitzung wieder aufgenommen. Poincaré vertritt nochmals den Standpunkt der Regierung. Nach einer kurzen Rede des Präsidenten der Radikalen Partei, Daladier, in der er die Ausnahmegesetze ablehnt und erklärt, gegen die Regierung stimmen zu müssen, kommt es zur Abstimmung. Sie ergibt die **Ablehnung des sozialistischen Antrages mit 318 gegen 227 Stimmen.** Diese seitens großer Mehrheit für die Regierung kann nur damit erklärt werden, daß die Kammer vor einem Sturz Poincarés im gegenwärtigen Augenblick zurücksteckte. Hieraus beantragt Uhrig, daß die verurteilten Kommunisten erst nach Ablauf der Wahlperiode freigesetzt werden dürfen. Aber auch dieser Antrag wird mit 298 gegen 229 Stimmen abgelehnt.

Beim Verlassen des Kammergebäudes wurden Cachin und Baillant-Couturier verhaftet und im Automobil ins Gefängnis gebracht. Ein großes Volksauflage hielt den Platz besetzt. Immerhin hatten sich gegen 1000 Personen versammelt, die im Augenblick der Verhaftung „Es lebe Cachin!“ riefen. Die Kammerabstimmung dürfte zu einer Krise in der Radikalen Partei führen. Ihr Präsident Daladier soll seinen Rücktritt beabsichtigen, weil ihm die Fraktion nicht gefolgt ist. 60 Radikale stimmten für die Regierung, nur 44 gegen sie, während sich etwa 30 der Stimme enthielten.

Kr. Die französische bürgerliche Linke ist also wieder einmal vor dem Sturz Poincarés hilflos zusammengedrückt. Es zeigt sich eben immer wieder, daß auch in der französischen Gesellschaft die bürgerliche Demokratie im Aussterben begriffen ist und daß nur die sozialistische Arbeiterklasse in ihr als wirkliche Trägerin des demokratischen Gedankens in Frage kommt. Obwohl man nicht bestreiten kann, daß, wie der Genosse Blum ausgeführt hat, die Aufhebung der Immunität der kommunistischen Abgeordneten gegen die französische Verfassung verstoßt, hat doch der größte Teil der Radikalen Partei ihr zugestimmt, obwohl ihr alter und gefährlichster Gegner, Poincaré, damit einen Präzedenzfall schafft, der unter Umständen ihnen selbst einmal sehr gefährlich werden kann. Wenn man das Abstimmungsergebnis ansieht, so ergibt sich ohne weiteres, daß die Regierung Poincarés eine schwere Niederlage erlitten hätte, wenn die Radikalen entsprechend der Einstellung ihrer gesamten Presse und der Auffassung auch ihres Vorsitzenden gegen die Aufhebung der Immunität gestimmt hätten. Es wäre dann eine beträchtliche Mehrheit gegen den Antrag der Regierung zustande gekommen. Das hätte allerdings den Rücktritt der Regierung bedeutet, nachdem die Regierung sich einmal entschlossen hatte, die Vertrauensfrage zu stellen, natürlich nur, weil sie die Angst der bürgerlichen Linken vor einer Regierungskrise kennt und mit diesem Mittel von ihr die Zustimmung erpressen wollte, was ihr denn auch gelungen ist. Die Radikalen aber wollten auf keinen Fall so kurze Zeit vor den Wahlen die Regierung übernehmen, da diese nach den Mehrheitsverhältnissen, wie sie sich in dieser Kammer in den letzten Jahren herausgebildet haben, nur eine Regierung der Mitte mit sehr schwankendem Boden hätte sein können. Es wäre also die sofortige Auflösung des Parlaments notwendig gewesen und — hier liegt die eigentliche Wurzel für das ängstliche Zurückweichen der Mehrheit der Radikalen — die Wahlen wären dann von der Rechten wahrscheinlich unter der Parole: „Rettung des Staates vor den Bolschewisten“ vor sich gegangen. Davor aber fürchten sich die Radikalen außerordentlich, weil sie wissen, daß der größte Teil des französischen Bürgerums, auch der demokratisch und gemäßigt fortschrittlich eingestellte Teil, vor einer solchen Parole völlig zusammenknicken und bei der Wahl in großen Scharen zur Reaktion überlaufen würde. Damit haben wir die eigentliche Wurzel der Schwäche der Radikalen Partei und ihrer dauernden Umfälle bloßgelegt. Sie liegt in der Natur des gemäßigt fortschrittlich gesinnten französischen Kleinbürgertums selbst, das in seiner Kleinrentnerinstellung eine geradezu krankhafte Angst vor dem Schredgespenst des Bolschewismus hat. Es fühlt sich sozial in dem Kampf zwischen Großkapital und der aufstrebenden Arbeiterklasse immer mehr zerrieben, flüchtet deshalb, rein aus Befürchtung, immer mehr in die Arme des Großkapitals und deren politischer Vertretung, ohne zu ahnen, daß es dadurch selbst den Prozeß ihrer eigenen wirtschaftlichen Vernichtung durch das Großkapital fördert.

Das sind die tieferen Gründe dafür, daß die radikale Partei immer seit fast vier Jahren dasselbe klägliche Bild bietet, das sie gestern bei der Abstimmung wieder einmal bot. Diese klägliche Haltung, das dauernde Zerfallen der Radikalen Partei in eine Links- und eine Rechtsgruppe, der Mangel an Mut des größten Teils der radikalen Fraktion zur Förderung einer entschlossenen demokratischen und fortschrittlichen Politik, haben dazu geführt, daß der Wahlsieg der Linken vom 11. Mai 1924 durch die Schwäche des fortschrittlich gesinnten Bürgerums fast in sein Gegenteil verkehrt wurde, daß nach einem Zwischenspiel von einundhalb Jahren Poincaré in einem Kabinett der nationalen Einigung wieder an die Macht kam, obwohl er im Mai 1924 eine französische Volksmeinung so vernichtende Abseits erhalten hatte. Diese Tragödie des fortschrittlichen französischen Bürgerums spiegelt sich auch in der Entscheidung der Kammer

Ministerpräsidenten Herriot, des jetzigen Unterrichtsministers wieder. Man weiß genau, daß er sich mit seinen engeren Freunden im Kabinett mit aller Energie gegen den Antrag auf Aufhebung der Immunität der kommunistischen Abgeordneten gewandt hat. Er ist überstimmt worden, hat aber daraus nicht die Konsequenzen zu ziehen gewagt, obwohl es sich doch hier um eine grundsätzliche Stellungnahme handelt. Wahrscheinlich hat er schon gewußt, daß er bei der Abstimmung dann doch wieder von seiner eigenen Fraktion im Stich gelassen würde, wie es tatsächlich auch nun eingetreten ist, denn abgesehen von allem anderen, bedeutet diese Abstimmung der radikalen Fraktion auch eine ausgesprochene Abgabe an ihre eigenen Vertreter im Kabinett der nationalen Einigkeit.

So konnte auch diesmal wieder Poincaré triumphierend das Gebäude der Kammer verlassen, in dem eine Volksvertretung tagt, die gewählt worden ist als ausgesprochene Kundgebung des französischen Volkes gegen seine Person und seine frühere Politik.

Kelloggs Antwort an Briand.

Ablehnung des Vorschlags Briands durch die amerikanische Regierung.

Washington, 12. Januar. In der von Kellogg nach längerer Besprechung mit Vorauf verfaßten Antwort an Briand wird ausgeführt, daß das Staatsdepartement Briands Gegenvorschlag über einen Kriegsverzichtvertrag in zwei Punkten nicht zustimmen könne. Erstens halte es den gleichzeitigen Abschluß eines solchen Vertrages mit Deutschland, England, Italien und Japan für eine wesentliche Bedingung. Das Staatsdepartement verspreche sich keinen Vorteil davon, wenn zunächst nur Amerika und Frankreich diesen Vertrag unterzeichneten und erst dann den anderen Staaten den Beitritt nahelegen würden, da dieser Weg die Gefahr in sich birge, daß die anderen Staaten mit dem Wortlaut nicht einverstanden sein könnten. Dadurch würde das Vertragswerk erschwert oder ganz unmöglich gemacht. Zweitens stelle Briands Vorschlag auf einen Angriffskrieg eine so starke Einschränkung des ursprünglichen Plans dar, daß dessen Zweck illusorisch werde. (?) Amerika schlage daher vor, man solle auf der Basis des ursprünglichen Vorschlags Briands gleichzeitig mit den genannten Staaten in Verhandlungen eintreten. Der Inhalt der Antwort ist eine weitere Bestätigung für die hier immer wieder dargestellte Politik, daß die Regierung der Vereinigten Staaten und der Senat keinen Sondervertrag mit Frankreich abschließen und ihm keine Sonderstellung vor den anderen europäischen Großmächten, unter die auch Deutschland zähle, einräumen wolle. Man nimmt in politischen Kreisen an, daß die Verhandlungen über einen Kriegsverzichtvertrag keine sehr schnellen Fortschritte machen, sondern an Bedeutung hinter den kürzlich geschlossenen neuen Schiedsvertrag zurücktreten werden.

Die Verschickung der Altbolschewiken.

Sinowjew und Kamenew schon fort. Trozki und Kibel noch nicht abtransportiert.

Berlin, 13. Januar. (Eig. Funterbericht.) Wie der „Vorwärts“ erzählt, hat ein Teil der zur Verschickung bestimmten russischen Altbolschewiken den Weg in die Verbannung bereits antreten müssen, so der sehr bekannte Feuilletonist Sornowski, der ebenso wie zwei andere Verbannete von zahlreichen jugendlichen Anhängern der Opposition auf den Bahnhof begleitet wurde, die aus ihrer Sympathie mit den Verbanneten durchaus keinen Hehl machten.

Sinowjew und Kamenew sind nach dem kleinen kaukasischen Ort Suchum verschickt worden. Dort gibt es fast gar keine Arbeiter, und die ehemals Mächtigen werden dort unter Polizeiaufsicht stehen.

Trozki wohnt noch in Moskau, und zwar in der früheren Wohnung des gemordeten Innenministers Sjeloborodow, der jetzt als Kronzeuge in einer Falschurache sitzt. Die materiellen Verhältnisse Trozki sind nicht so dürftig, wie vielfach angenommen wird. Er hat noch Einkünfte vom Staatsverlag, in dem seine Werke erschienen sind, darf jedoch nicht mehr als 200 Rubel im Monat beziehen.

Karl Kadel ist gleichfalls noch in Moskau, und seine Wohnung ist das Stelldichein zahlreicher Besucher, die dort geradezu Versammlungen abhalten. Die Tagesblätter vor diesen Versammlungen sind so häufig unterrichtet, als ein Teil der Arbeiterbewegung in ihrem Sinne steht.

Das Reichsorgan der kommunistischen Opposition verweist auf der Spitze des Blattes einen Protest gegen die Verschickung der russischen Oppositionellen, die als ein Verbrechen an der Menschheit angesehen werden. Die internationale Arbeiterbewegung wird gebittet, sich für die Freilassung dieser Arbeiter zu bemühen.

Klassenkampf

Freispruch eines überführten **Volleigigen** der Reichsflagge
Verurteilung eines **Kommunisten**.

Beipzig, 12. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Stadtverwaltung in Landsberg hatte bei einer Festlichkeit am 12. September 1926 in den Reichs- und Stadtfarben geflaggt. Ein Kaufmann **Fritz Schulz** hatte sich darüber lustig gemacht und die Fahnen als **Reichsflaggen** bezeichnet. Er wurde zur Anzeige gebracht, jedoch vom Landgericht in Landsberg freigesprochen. Gegen dieses Urteil legte der Staatsanwalt Revision ein. Obwohl der Reichsanwalt in dem Ausdruck „Reichsflaggen“ eine schwere Verächtlichmachung der Reichsfarben erblickte und die Bestrafung des Angeklagten forderte, schloß sich der zweite Strafsenat des Reichsgerichts dem Urteil der Vorinstanz an und verwarf die Revision.

Der gleiche Senat bestätigte aber das Urteil, das wegen Republikshuhvergehen gegen einen **Kommunisten** und zwar gegen den Zeichner **Krönig** aus Berlin von dem dortigen Landgericht gefällt worden war. Krönig hatte im Juli 1927 eine „rote Fahne“ in das Schaufenster seines Vaters gehängt, worin eine **Reichsflagge** enthalten war, die **Hindenburg** verächtlich machte. Diese Fahne hatte er groß angezogen, damit sie gesehen wurde. Das Landgericht Berlin hatte Krönig wegen Vergehen nach § 8 des Republikshuhgesetzes zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Reichsgericht bestätigte die hohe Strafe und fand es ganz in Ordnung, daß nur **Kommunisten** wegen Republikshuhvergehen bestraft werden, während die **Bölkischen** freiausgehen.

Die Lügen der „Devoli“.

Die „Devoli“ ist abhängig vom **Stahlhelm** und den **Bölkischen**. Die „Devoli“ überschüttet die **Linksprelle** seit Tagen mit anmaßenden Berichtigungen. Sie versucht darin ihre einseitige politische Einstellung und vor allem ihre Beziehungen zu **Hugenberg** zu bestreiten. Dazu nimmt jetzt ein Kenner der **Filmindustrie** im „Demokratischen Zeitungsdiens“ das Wort, indem er schreibt:

„Wenn die **Devoli** behauptet, zu den „Tendenzen des Reichsvereins für vaterländische Lichtspiele keine Beziehungen“ zu haben, so schlägt sie damit der **Wahrheit ins Gesicht**. Sie hält sich auch wohlweislich, gegen die auch vom dem „Reichsfilmblatt“, dem offiziellen Organ des Reichsverbandes deutscher Lichtspieltheater, befragt gebrauchten Mitteilungen Stellung zu nehmen, daß zwischen **Herrn Claudius** bzw. der **Devoli** und dem Reichsverein für vaterländische Lichtspiele ein **Monopolvertrag** abgeschlossen ist, in dem sich **Herr Claudius** verpflichtet, für die **Devoli** nach den „Tendenzen und ethischen Werten des Reichsvereins“ zu handeln und zu verfahren.“

Dieser Vertrag trägt das Datum vom 28. Mai 1927 und ist von **Herrn Claudius** einerseits und den **Herrn Dr. Dettler** und **Hauptmann a. D. von Paris** andererseits unterzeichnet. Der Reichsverein aber, was hier nochmals betont sei, bezeichnet als seinen Zweck, **Lichtbildstreifen** zu produzieren und zu verbreiten, die „im Sinne deutscher Kunst nationale Gedanken pflegen“; er will, mit den **Gesplogenen** der Filmbranche brechen, soweit es sich um von **undeutschen Geistes** beherrschte, **geschäftliche** Mächtigungen und um **zerlegende, abbauende Tendenzen** handelt. Der Reichsverein setzt sich aus einer Reihe **demokratischer** Verbände zusammen, u. a. dem **Reichsvölkischen Offiziersbund**, **Stahlhelm**, **Wermolt**, **Wiking** und **Ruffhändlerbund**. Es gehört wirklich viel dazu, wenn die **Devoli**, die übrigens jetzt schon begonnen hat, Mitglieder für den Reichsverein zu werben, die **Sitt** hat, ihren einseitigen politischen Charakter zu leugnen.“

Das ist klar und deutlich. Was im Sinne des Reichsvereins für vaterländische Lichtspiele und der „Devoli“ unter „undeutschen Geistes“ und „zerlegenden abbauenden Tendenzen“ zu verstehen ist, kann gar nicht zweifelhaft sein. Mit diesen Phrasen operiert die **deutsch-nationale Presse** seit Jahren gegen die **Sozialdemokratie**, und es ist eine Unverschämtheit der „Devoli“, trotz dieser einseitigen Einstellung auch der **Sozialdemokratischen Partei** ihre Dienste anzubieten. Abgesehen davon zeugt die **Gemeinschaft** mit dem **Stahlhelm** und dem in Preußen verbotenen **Wiking** sowie dem **Deutsch-völkischen Offiziersbund**, welche Geistes Kind die „Devoli“ ist und was sie bezweckt.

Absage Paul Girsch's an den Luther-Bund.

Seine Unterschrift auf **able** Art erschlüssen.
Der Bürgermeister von **Dortmund** und Abgeordnete des preussischen Landtages **Paul Girsch** bittet um eine Veröffentlichung folgender Erklärung:
„Gelegentlich einer Zusammenkunft der preussischen Landesdirektoren im Sommer vorigen Jahres bin ich von einem der Teilnehmer gebeten worden, einen **Aufruf** zugunsten einer Bewegung für den **Einheitsstaat** zu unterzeichnen. Ueberzeugt von der **Notwendigkeit**, daß die **Errichtung** der **einheitlichen** deutschen Republik eine der wichtigsten Aufgaben ist, und daß nicht verjäumt werden darf, was uns diesem Ziele näher führt, habe ich mich dazu bereit erklärt und die **Unterschrift** gegeben. An irgend einer **Besprechung** habe ich nicht teilgenommen, insbesondere nicht an der **Gründungsversammlung**. Nachdem ich erkannt habe, was hinter der **Bewegung** steckt, und nachdem ich weiter gesehen habe, daß die **Republikanten** aus dem **Aufruf** Kapital für sich zu schlagen suchen, habe ich dem **Aufruf** mitgeteilt, daß ich meine **Unterschrift** zurückziehe. Jene, welche Beziehungen zum **Bund** zur **Erneuerung** des Reiches haben, habe ich nicht.“

Der Niedergang der KPD. in Baden

In Baden ist die **Kommunistische Partei** in einem un-aufhaltbaren Niedergang begriffen. Der Tiefstand ist derart groß, daß man schon nicht mehr wagt, den Mitgliedern die **genauen Zahlen** über den Mitgliederstand anzugeben. Von ehemals **5000** Mitgliedern im Bezirk Baden sollen noch **800 bis 1000** vorhanden sein, davon in **Mannheim** etwa **300**. Der größte Teil dieser Mitglieder besteht aus **jungen Leuten**, die vom **Kampferbund** übertraten. Ältere, gewerkschaftlich geschulte Mitglieder sind keine **10 Prozent** vorhanden. Das Parteiblatt für ganz Baden, die „**Arbeiter-Zeitung**“, hat noch etwa **2500** Abonnenten, davon in **Mannheim** etwa **1000**. Nur infolge der hohen **Zuschüsse** aus **Woskau** kann sich das Blatt noch über Wasser halten. Natürlich steht auch in Baden trotz der minimalen Mitgliederzahl die **Spaltungsmanie** in hohem Schwunge. Man wollte sogar **Zeitungsträgerinnen**, deren Männer im **Verdacht** der **Opposition** stehen, entlassen.

Im **Landtag** waren die **Kommunisten** nach der letzten Wahl mit **drei Mann** vertreten. Jetzt bestehen dort zwei **kommunistische Gruppen**.

Ein gemeiner Bubenstreich!

Belgische Faschisten zerstören eine **russische Ausstellung**.
Brüssel, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der vorigen Woche wurde in Brüssel eine recht interessante **Sowjetausstellung** eröffnet, die das wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Leben **Sowjetrusslands** illustrieren soll. Am **Donnerstag** nachmittag begaben sich nun etwa **hundert** **fascistische Studenten** zur Ausstellung, verschafften sich mit **Gewalt** Eingang und **zertrümmerten** Fenstercheiben, **Bilder**, **Bilder**, **statistische Tabellen** sowie eine große Anzahl **ausgestellter Gegenstände**. Zum Glück wurden die **fascistischen Vandalen** durch ein **Alarmglocken** ihrer **drunkenen Kameraden** verschüchelt, ehe sie die **wertvollsten Kunstgegenstände** vernichten konnten. Leider glänzte die **Polizei** durch **Abwesenheit**, so daß die **Buben** entweichen konnten. Kurz darauf legte sich der **Bürgermeister** an Ort und Stelle. Eine **strenge Untersuchung** ist bereits eingeleitet worden.

In **Arbeiterkreisen** herrscht über diesen **Bubenstreich** große **Empörung**. Man ist entschlossen, derartige Methoden in **Belgien** auf keinen Fall einreichen zu lassen.

Die Valorisierung der polnischen Zölle beschlossen.

Warschau, 11. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die **polnische Presse** läßt am **Mittwoch** in offensichtlich inspirierten **Meldungen** durchblicken, daß die **Valorisierung** der bestehenden **polnischen Zölle** — die **Umrechnung** der Zölle in die neue **Goldwaage** — als **beschlossen** gelten kann. Es ist deshalb anzunehmen, daß die **deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen** jetzt **schleuniger** vor sich gehen, da die **bisherige Ungewißheit**, ob die **Valorisierung** der Zölle zu erwarten war, eine **praktische** deutsche **Forderung** nach **Zollausgleich** unmöglich machte. Dieser **Zollausgleich** wird **angeführt** der **Valorisierung** **schleuniger** **vorzubereiten** als bisher, wozuf die **polnische Regierung** zweifellos **vorbereit** ist. Im übrigen betrifft die **Valorisierung** nicht nur **Deutschland**, sondern auch **Länder**, mit denen **Polen** einen **Handelsvertrag** bereits abgeschlossen hat.

Polnische Note an Litauen.

Wiederaufnahme der Verhandlungen in **Riga** vorgeschlagen.
Warschau, 12. Januar. Die **polnische Regierung** hat durch einen nach **Kowno** entsandten **Sonderkurier** der **litauischen Regierung** eine **Note** überreichen lassen, in der die **Wiederaufnahme** der **polnisch-litauischen Verhandlungen** für **Ende Januar** in **Riga** vorgeschlagen wird. Die **Note** umschreibt die **Grundlagen** der **künftigen Verhandlungen**, die durch **Besprechungen** über die **Fragen** des **Grenzverkehrs**, des **Transits**, der **Wiederaufnahme** des **Post**, **Telegraphen**- und **Eisenbahnverkehrs** eingeleitet werden sollen.

Saag, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In **hiesigen politischen Kreisen** wird damit gerechnet, daß **an den holländischen Außenminister** als **Berichterstatter** des **Balkenbundes** in der **Wilnafrage** schon in den nächsten Tagen der **Auftrag** zur **Vermittlung** in dem immer noch nicht beigelegten **Konflikt** zwischen **Litauen** und **Polen** erteilt werden wird. Falls auch diese **Vermittlung** **ergebnislos** bleiben sollte, müßte sich der **Balkenbund** nach **hiesiger Auffassung** im **März** noch **mal** mit der **Angelegenheit** befassen.

Volksentscheid über Wilna.

Die **Stellung** der **litauischen Sozialdemokratischen Partei** zur **Wilnafrage**.

Warschau, 11. Januar. Die **polnische Telegraphenagentur** veröffentlicht heute die **Unterredung** ihres nach **Kowno** entsandten **Vertreters** mit dem **Führer** der **litauischen Sozialdemokratischen Partei**, **Ingenieur Stefan Kairys**. Ueber die **Ausichten** der **demokratischen** **polnisch-litauischen Verhandlungen** befragt, betonte **Kairys**, daß die **Stellung** seiner **Partei** zu dieser **Frage**, insbesondere zur **Wilnafrage** sich von der **Auffassung** der **übrigen öffentlichen Meinung** **Litauens** über die **von der litauischen Regierung** zu **bevorzugende** **Taktik** **stark unterscheidet**. Nach **Ansicht** der **litauischen Sozialdemokratie** sollte unter **Berücksichtigung** des **gegenwärtigen Sachverhaltes** die **Frage** der **Zugehörigkeit** **Wilnas** durch **einen Entscheid** der **Bevölkerung** des **Wilnagebietes** bei **vollständiger** **Wahrung** der **Wahlbestimmungen** **regelt** werden. Abgesehen von der **Wilnafrage** **widerstreift** sich jedoch die **litauische Sozialdemokratie** **keineswegs** der **Wiederaufnahme** der **normalen wirtschaftlichen** und **kulturellen** **Beziehungen** zu **Polen**, die nach ihrer **Meinung** allerdings erst nach **vollständiger** **gerechter** **Lösung** der **Wilnafrage** **wirklich** **freundschaftliche** **Formen** **annehmen** könnten. Die **Lösung** der **Wilnafrage** könnte nach **Meinung** der **litauischen Sozialdemokratie** auch auf dem **Wege** der **direkten** **polnisch-litauischen Verhandlungen** auf **Grund** **gegenseitiger** **KonzeSSIONen** **erreicht** werden. Unter **den** **gegenwärtigen** **parlamentarischen** **Verhältnissen** dürfte, nach der **Meinung** **Kairys**, **nicht** **viel** von **den** **Verhandlungen** zu **erwarten** sein.

Der neue russische Botschafter in Rom.

In **Stelle** **Kamenews** wurde der **bisherige** **Volkskommissar** der **Justiz**, **Kourzil**, zum **russischen Botschafter** in **Rom** ernannt.

Ein unerhörter Uebergriff.

Der **Chef** der **Uffeslotte** verbietet den **Frauen** der **Offiziere** die **Zubehörte**.

Heer- und Marineetat kostet dem **deutschen Volke** viel **Geld**. Schließlich will man für **sein** **Geld** auch etwas **haben** und will **erfahren**, was die **Herrn** nun **dafür** **leihen**. **Ab** und **zu** **hört** man **einiges** von **der** **Marine**, **aber** **noch** **nicht** **hat** man etwas **gehört**, was die **aufgewandten** **Kosten** **rechtfertigen** würde. **Plänkelein** gegen **Republikaner** und **Schwarzrot-Gold**, **Prinzenbesuche** auf **republikanischen** **Kriegsschiffen**, das sind die **Taten**, mit denen sich die **Herrn** **Marineoffiziere** beliebt machen. **Aber** nun **hat** der **Chef** der **Uffeslotte** **bewiesen** daß er **auf** **einem** **höchst** **wichtigen** **Posten** **steht**. Er hat **durch** **amtlichen** **Erlaß** **verbieten**, daß die **Frauen** der **Marineoffiziere** **Publiköpfe** **tragen**. **Da** **sind** **wir** **einer** **schönen** **illegalen** **Schweineerei** **auf** **die** **Spur** **gekommen**! Die **Frauen** der **Marineoffiziere** **stehen** **also** **in** **einem** **Subordinationsverhältnis** zum **Chef** der **Uffeslotte**, sie sind also **eine** **geheime** **militärische** **Formation**, **so** **eine** **Art** **Reserve-** **amazonenkorps** **für** **die** **Marine**. Sie **brauchen** **die** **langen** **Jöpfe**, um **damit** **die** **feindlichen** **Kriegsschiffe** **und** **die** **feindlichen** **Marineoffiziere** **einzu** **fangen** **und** **festzuhalten**!

Die **Herrn** von **der** **Marine** **wissen** **nicht**, wie sie die **Zeit** **tot** **schlagen** **sollen**. Ein **Chef** der **Marineformation**, der **seine** **Aufgabe** **darin** **erblickt**, den **Frauen** **ins** **Handwerk** **zu** **puddeln**, wird **von** **uns** **Steuerzahlern** **entlohnen** **zu** **teuer** **bezahlt**. Für **solche** **Funktionen** **kann** **man** **auch** **einige** **Friseurgeschliffen** **zum** **Tarifslohn** **anstellen**.

Kommunistisches Attentat auf einen sozialistischen Bürgermeister.

Strasbourg, 13. Januar. (Eigener Funkenbericht.)
Auf **den** **sozialistischen** **Bürgermeister** von **Strasbourg** wurde **am** **Donnerstag** ein **Attentat** verübt. Der **kommunistische** **Täter** verfehlte **Peitrote** **mehrere** **Stod-** **hiebe** **über** **den** **Kopf**. Der **Täter** **konnte** **sofort** **verhaftet** **werden**.

Der Papst gegen die Vereinigung der christlichen Kirchen.

Rom, 10. Januar. Der **Papst** hat eine **Enzyklika** über die **Einheit** der **Kirchen** veröffentlicht. In der **Enzyklika** spricht der **Papst** **sein** **Bedauern** über die **Bemühungen** aus, die **wahre** **Religion** mit den **falschen** **Religionen** zu **vereinigen**, indem man **glauben** **läßt**, daß **alle** **Religionen** **gut** **seien**. Der **Papst** **richtet** die **Aufmerksamkeit** der **Bischöfe** **auf** **diese** **Machenschaften**, damit sie **den** **Böllern** **mitteilen**, daß **es** **nicht** **möglich** **ist** **eine** **christliche** **Gemeinschaft** **unter** **Gläubigen** **herzustellen**, die die **Freiheit** **haben**, über die **Glaubensfrage** in **ihrer** **Weise** **zu** **denken**. Der **Papst** **weist** die **unterschiedlichen** **Thesen** **zugunsten** der **Vereinigung** **zurück**. Eine **Einheit** **könnte** **nur** **durch** **eine** **Rückkehr** **der** **Andersgläubigen** **zur** **römischen** **Kirche** **erreicht** **werden**.

Wie **heißt** **es** **doch** **im** **dritten** **Artikel** **des** **apostolischen** **Glaubensbekenntnisses**, eines **Grundpfeilers** **auch** **der** **katholischen** **Cher?**

„Ich **glaube** **an** **den** **heiligen** **Geist**, **eine** **einige** **christliche** **Kirche**.“ **Auch** **die** **Rekläre** **der** **Erzählung** **von** **den** **drei** **Ringen** **aus** **Leffings** **„Nathan“** **würde** **dem** **Papst** **nichts** **schaden**.

Verhaftung eines Attentäters im Belgrader Parlament.

Belgrad, 12. Januar. Die **Parlamentspolizei** hat heute **unter** **aufregenden** **Umständen** **einen** **aus** **Montenegro** **stammenden** **Buchbindegehilfen** **namens** **Djurovitich**, der **mit** **einem** **Revolver** **bewaffnet**, **einen** **Anschlag** **auf** **das** **Leben** **des** **montenegrinischen** **Abgeordneten** **und** **früheren** **montenegrinischen** **Ministerpräsidenten** **Andre** **Radovitch** **verüben** **wollte**, **verhaftet**. **Djurovitich**, der **vorbestraft** **ist**, **erklärte**, **aus** **persönlichen** **Gründen** **gehandelt** **zu** **haben**.

Wiederaufnahme der deutsch-österreichischen Strafrechtsverhandlungen.

Berlin, 11. Januar. Unter **dem** **Vorsitz** **des** **vollparteilichen** **Reichstagsabgeordneten** **Geheimrat** **Prof. Dr. Kahl** **werden** **am** **Sonntag** **im** **Reichstagsgebäude** **die** **Besprechungen** **zwischen** **den** **österreichischen** **und** **deutschen** **parlamentarischen** **Sachverständigen** **wieder** **ausgenommen**, die die **Strafrechtsangleichung** **in** **beiden** **Ländern** **zum** **Ziele** **haben**.

Letzte Nachrichten.

70 Todesopfer eines Schneesturmes.

Moskau, 12. Januar. In der **Nähe** **der** **Stadt** **Almatsa** (vormals **Berny** **Maruti**) **sind** **bei** **einem** **heftigen** **Schneesturm** **70** **Menschen** **am** **gelommen**.

Furchtbares Explosionsunglück in Japan.

In **Kurume** **in** **Japan** **hat** **sich** **nach** **einer** **Meldung** **aus** **Tokio** **eine** **furchtbare** **Explosion** **in** **einem** **Fabrikgebäude** **ereignet**. **Dabei** **sind** **18** **Arbeiter** **am** **gelommen** **und** **zahlreiche** **Personen** **verletzt** **worden**.

Eine Flutwelle vernichtet einen Ort.

Aus **Rio** **de** **Janeiro** **wird** **gemeldet**, daß **Aracajany** **im** **Staate** **Minis** **durch** **eine** **riesige** **Flutwelle** **vollkommen** **vernichtet** **wurde**. **Das** **Wasser** **hat** **am** **Donnerstag** **in** **Meer** **hoch** **in** **den** **Straßen** **gestanden** **haben**. **Insgesamt** **sind** **durch** **die** **Katastrophe** **6000** **Menschen** **obdachlos** **geworden**.

Weißer Zähne: Chlorodont

Ein Urteil von **Vielen**: Da ich schon **mehrere Jahre** zum **Putzen** meiner **Zähne** **Chlorodont** **benutze**, **gestatte** **ich** **mir**, **Ihnen** **mitzutellen**, daß ich, **seit** **ich** **Chlorodont** **verwende**, **schneeweiße** **Zähne** **bekommen** **habe**. Ich **hatte** **früher** **Zahnbelag** **und** **versuchte** **mit** **allen** **möglichen** **Mitteln** **denselben** **zu** **beseitigen**, was **mir** **mißlang**, bis **ich** **Ihre** **un-zügliche** **Zahnpaste** **Chlorodont** **kamte** **und** **auch** **probierete**. **Chlorodont** **allein** **reichte** **mir** **zum** **Ziel**. Ich **werde** **heute** **oft** **berühmt** **und** **gefragt**, **wann** **ich** **ihnen** **putzen** **Sie** **Ihre** **Zähne**? Ich **kann** **dann** **Ihre** **Zahnpaste** **Chlorodont** **weiter** **empfehlen**, daß **auch** **unsere** **Mitmenschen** **zu** **einem** **guten** **Resultat** **kommen**, wie **ich**. **Anbei** **ein** **Bild**, **woraus** **Sie** **ersehen** **wollen**, daß **meine** **Zähne** **auch** **wirklich** **schneeweiß** **sind**, **trotz** **des** **Rauchens**. Wenn **das** **Bild** **nicht** **mehr** **benötigt** **wird**, **bitte** **ich** **um** **Rücksendung**. **Berlin**-**Tempelhof**, **Car. R.** (Originalname des **unseren** **Herrn** **Wahnsinnig**) — **Überzeugen** **Sie** **sich** **selbst** **durch** **Hand** **den** **Chlorodont** **Tube** **1** **Mil.** **Chlorodont**-**Zahnbürsten** **1,25** **Mil.**, **für** **Kinder** **70** **Fl.** **Chlorodont**-**Mundwasser** **Flasche** **1,25** **Mil.** **Zu** **haben** **in** **allen** **Chlorodont**-**Verkaufsstellen**. **Man** **verlange** **nur** **echt** **Chlorodont** **und** **weise** **jeden** **Ersatz** **dafür** **zurück**.

Nochmalie

so billig

IST DIE PAROLE UNSERES

JUBILÄUM AUSVERKAUF

Rücksichtslose
Preis-
Herabsetzungen
teilweise
**bis zur
Mälfte**
und darüber
für unsere bekannten
Qualitätswaren
Beachten Sie unsere
Schaufenster-Auslagen!

BEGINN
16
JANUAR
VORMITTAGS 8 UHR

**Lesen Sie
bitte
mit größtem
Interesse
unser Sonntags-
Inferat!**

DIE RAUMUNGS-PREISE WERDEN ALLGEMEINES STAUNEN HERVORRUFEN

LINDEMANN & CO AG

ÖFEN
Original Ausguss
FÜR ZEITWEILIGEN
UND DAUERBRAND
ALLEINVERKAUF
Beier & Olowinsky
BRESLAU HERREN-STR. 31

Stieblers großer billiger Früchteverkauf beginnt heute.

Wir haben riesenposten frisches, getrocknetes und konserviertes Obst herankommen, die wir zu enorm niedrigen Preisen auf den Markt bringen.

| Frühobst | Dörrobst | Obstkonserven |
|--------------------------------------|--|---|
| Amerikanische Zerk-Spül | Äpfel | Äpfel |
| Ein Apfel 1/2 kg 0.52 | Äpfel 1/2 kg 0.92 | Äpfel 1 kg-Doze 0.66 |
| Zwei Äpfel 1/2 kg 0.48 | Äpfel 1/2 kg 0.74 | Äpfel, weiß, halbe 1 1.08 |
| Drei Äpfel 1/2 kg 0.48 | Äpfel 1/2 kg 1.94, 1.12 | Äpfel, rot, 1 1.66 |
| Vier Äpfel 1/2 kg 0.42 | Äpfel, gelb, 1/2 kg 0.56, 1.02 | Äpfel, rot 1 1.28 |
| Fünf Äpfel 1/2 kg 0.38 | Äpfel, gelb, 1/2 kg 0.58 | Äpfel, blau mit Stein 1 0.78 |
| Sechs Äpfel 1/2 kg 0.34 | Äpfel, gelb, 1/2 kg 0.38 | Äpfel, blau ohne Stein 1 0.84 |
| Sieben Äpfel 1/2 kg 0.34 | Äpfel, gelb, 1/2 kg 0.32 | Äpfel, blau ohne Stein 1 0.84 |
| Acht Äpfel 1/2 kg 0.28 | Äpfel, gelb, 1/2 kg 1.58 | Äpfel, blau ohne Stein 1 0.88 |
| Neun Äpfel 1/2 kg 0.28 | Äpfel, gelb, 1/2 kg 1.58 | Äpfel, blau ohne Stein 1 0.88 |
| Zehn Äpfel 1/2 kg 0.28 | Äpfel, gelb, 1/2 kg 1.58 | Äpfel, blau ohne Stein 1 0.88 |
| Elf Äpfel 1/2 kg 0.28 | Äpfel, gelb, 1/2 kg 1.58 | Äpfel, blau ohne Stein 1 0.88 |
| Zwölf Äpfel 1/2 kg 0.28 | Äpfel, gelb, 1/2 kg 1.58 | Äpfel, blau ohne Stein 1 0.88 |
| dreizehn Äpfel 1/2 kg 0.28 | Äpfel, gelb, 1/2 kg 1.58 | Äpfel, blau ohne Stein 1 0.88 |
| vierzehn Äpfel 1/2 kg 0.28 | Äpfel, gelb, 1/2 kg 1.58 | Äpfel, blau ohne Stein 1 0.88 |
| fünfzehn Äpfel 1/2 kg 0.28 | Äpfel, gelb, 1/2 kg 1.58 | Äpfel, blau ohne Stein 1 0.88 |
| sechzehn Äpfel 1/2 kg 0.28 | Äpfel, gelb, 1/2 kg 1.58 | Äpfel, blau ohne Stein 1 0.88 |
| sechzehn Äpfel 1/2 kg 0.28 | Äpfel, gelb, 1/2 kg 1.58 | Äpfel, blau ohne Stein 1 0.88 |
| sechzehn Äpfel 1/2 kg 0.28 | Äpfel, gelb, 1/2 kg 1.58 | Äpfel, blau ohne Stein 1 0.88 |

Genossen!
Jeder politisch Interessierte
Jeder organisatorisch Tätige
Jeder schlichte Arbeitende.
krass
Taschenbuch der Arbeit
1-9-2-8
NUR 75 Pt.
enthält unter ausführlichen Notizen
starker Arbeiter unserer Partei von
Gewerkschaften, Kommunisten, Sport-
Verband, Volkshilfe usw. Deutschlands
sein interessante Aufsätze und statistisches
Material über

Tabletten
Echte Meiereibutter I 1/2 Pfd.-Stück 0.92
Schiefe Tablette 1/2 Pfd.-Stück 0.78

Otto Stiebler
Breslau, Zwingerplatz 5
und 31 Filialen

**Politik - Wirtschaft
Technik - Kunst**
Kaufmann - Buchhandlungen
K. Grosse, J. Grosse, K. Grosse, H. Grosse

Genossenschaft
Breslau
Breslau
Breslau
Breslau
Breslau
Breslau

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 13. Januar 1928.

Das neue städtische Jungmädchenheim

Der Gedanke, ein besonderes Heim für Jungmädchen zu schaffen, hat in Breslau schon vor dem Kriege Verwirklichung gefunden. Es war im Jahre 1912 als der damalige Fortbildungsschuldirektor Fretter in den Schulräumen der Gewerbeschule ein solches Heim errichtete.

Aus den angeführten Räumen einer früheren Zigarettenfabrik wurden helle, leichte Zimmer geschaffen, dort wo einstens die Mädchen eingesperrt in die Mechanik der Maschine monoton ihre Arbeit verrichteten, erfreuen sie sich heute ihrer Freiheit.

Am Morgen empfängt schon im geschmackvoll hergerichteten großen Korridor und dem netten Empfangszimmer einen recht angenehmen Eindruck, der sich noch verstärkt, wenn man die übrigen Räume, den Arbeits-, Aufenthaltsraum, ja selbst die große Gemeinschaftsstube betritt.

Am Mittwoch fand im kleinen geladenen Kreis von Behörden- und Pressevertretern die Einweihung des Heimes statt. Nach einer Besichtigung der Räume gab der Dezent der städtischen Jugendämter, Herr von Hoerner, in einer Ansprache einen kurzen Überblick über die Vorgeschichte dieses Heimes, betonte, daß man auch in Zukunft die Verbindung mit den Berufsschulen aufrecht erhalten will.

Die Einsegnung der ehelichen Mutter. Eine Leserin unseres Blattes hat am Sonntag einer Taufe in der Pauluskirche beigewohnt. Natürlich hat sie, wie die meisten Sozialdemokraten, wenn sie einmal zur Kirche gehen, an den dort geübten Grundregeln etwas auszusetzen. So enthält die Taufordnung unten den Vermerk: „Nach der Taufe: Einsegnung der ehelichen Mütter der getauften Kinder.“

Sicherung des Kraftfahrzeugverkehrs. Zwecks Sicherung des Fahrzeugverkehrs, insbesondere des Verkehrs mit Kraftfahrzeugen bei Nebel und bei Nacht sind im Regierungsbezirk Breslau Versuche angestellt worden, die an den Biegungen der Kunststraßen stehenden Straßenbäume weiß anzufärben.

Die Lesestunden der Volksbibliothek werden am 22. Januar, 16 1/2 Uhr, wieder aufgenommen und finden bis Ende März regelmäßig jeden Sonntag in der Lesehalle III, Friedrichstraße 38/40, gegen eine Eintrittsgebühr von 20 Pfennig statt.

„Geschichte der Arbeiterbewegung.“ Es wird daran erinnert, daß heute, Freitag, abends um 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17, Zimmer 11, der Kursus des Genossen Hermann Kuosiph über: „Die Geschichte der Arbeiterbewegung“ beginnt.

Die erste Sitzung im neuen Jahre brachte zunächst wieder die Vorstandswahl, die anschaulich zeigt, welche Verhältnisse seit der letzten Wahl in der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung eingerissen sind. Die Sozialdemokratie ist zwar noch die stärkste Partei und hat somit ein Recht auf den Vorseherposten, aber unser Genosse Bandmann unterlag bei der Wahl wieder mit 22 sozialdemokratischen Stimmen gegen 42 Stimmen des Bürgerblocks, die sich auf den Deutschnationalen Dr. Friedrich vereinigt.

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Die erste Sitzung im neuen Jahre brachte zunächst wieder die Vorstandswahl, die anschaulich zeigt, welche Verhältnisse seit der letzten Wahl in der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung eingerissen sind. Die Sozialdemokratie ist zwar noch die stärkste Partei und hat somit ein Recht auf den Vorseherposten, aber unser Genosse Bandmann unterlag bei der Wahl wieder mit 22 sozialdemokratischen Stimmen gegen 42 Stimmen des Bürgerblocks, die sich auf den Deutschnationalen Dr. Friedrich vereinigt.

Genosse Darré, der bei der Vorsteherwahl als Wahlaufseher fungierte, erklärte, der Vorsteher möge nun einen anderen Wahlaufseher bestellen, da die Sozialdemokratische Partei kein Interesse mehr an der weiteren Wahl habe. (Lachen rechts. Zurufe der Sozialdemokraten: In ein paar Monaten laßt Ihr nicht mehr!) Ein anderer Wahlaufseher wurde bestellt, und dann Stadtd. Saueremann (D. Sp.) als Vorsteher-Stellvertreter, Unterberger (J.) und Seufert (D. Sp.) zu Beisitzern, Frau Dillendorf (Dem.) und Manderscheid (Ztr.) als Beisitzer-Stellvertreter gewählt.

Was für den Bürgerblock vor der Wahl noch dringlich ist, zeigte der erneute Vorstoß auf Vermehrung der unbesetzten Stadtratsstellen um drei. Der Magistrat ist gegen die Vermehrung, er hat übrigens zur Zeit infolge Geldmangels herzlich wenig Beschäftigung. Der Bürgerblock aber will ihm absolut drei neue Mitglieder aufdrängen. Warum er das will, ist klar. Bei der heutigen Kräfteverteilung erhalten von den drei Sitzen die Sozialdemokraten einen, Deutschnationale und Zentrum auch je einen. Der Bürgerblock verbessert sich also gegenüber unserer Partei im Magistrat vor Loosenschluß noch um eine Stimme, die ihm mancherlei nützen kann.

Wie der Bürgerblock Situationen ausnützt, zeigte sich später bei einem Dringlichkeitsantrage des Zentrums, den Barmherzigen Brüdern ein zinsloses Darlehen von 40 000 Mark für ihr Krüppelheim in Littenhal zu bewilligen. Niemand hat etwas gegen die Barmherzigen Brüder und ihr Werk tätiger Nächstenliebe, aber man muß sich doch einem solchen Antrag ansehen können. Schließlich ist doch die Krüppelfürsorge eine öffentliche Angelegenheit und keine Konfessionelle. Unsere Genossin Zils-Eckstein beantragte deshalb Ausschußberatung. Obwohl es nun üblich ist, Ausschußberatung immer einzutreten zu lassen, wenn eine starke Partei es wünscht, hat man diesmal dem Verlangen der stärksten Partei entgegen die verlangte Summe ohne Ausschußberatung bewilligt.

Der Bürgerblock macht eben was er will, solange, bis er von den Wählern bestraft wird.

Die Sitzung wird kurz nach 17 Uhr durch Stadtverordneten-vorsteher Friedrich eröffnet. Baurdirektor Bogel gibt einleitend den Bericht über die Geschäftsführung der Stadtverordnetenversammlung im Jahre 1927, aus dem u. a. hervorgeht, daß die Versammlung 432 Vorlagen und 47 besondere Dringlichkeitsanträge zu bearbeiten hatte. Hiervon wurden durch Auslegung in den Sitzungen 13, von der Versammlung unmittelbar 336, nach Beratung in Ausschüssen 130 erledigt. Außerdem gelangten noch 175 nicht gedruckte Vorlagen durch Auslegung zur Erlösung. Die Zahl der Sitzungen betrug 20, um 3 weniger als im Jahre 1926. An diese 20 Sitzungen schlossen sich in 17 Fällen nicht öffentliche Beratungen an, in den 62 Vorlagen der Entscheidung zugeführt wurden. Von den Ausschüssen hielt die größte Zahl der Sitzungen mit 23 der Haushaltsauschuss ab; es folgen der Finanzausschuss mit 14, der Bau-, Sanierungs- und der Grundeigentumsauschuss mit je 11, der Bauauschuss mit 10 Sitzungen. Die geringste Zahl der Sitzungen mit 3 hielten der Schul- und der Gesundheitsauschuss ab. Im Jahre 1927 sind aus der Versammlung infolge Amisniederlegung ausgeschieden die Stadtverordneten Weidner, Dr. Watz, Frau Kupke. Für die Ausgeschiedenen sind eingetreten die Herren Großmann, Klein und Gläsel. Im Durchschnitte haben jeder Sitzung 74 Stadtverordnete beigewohnt. Die längste Sitzung dauerte 5 Stunden 15 Minuten, die kürzeste 2 Stunden 25 Min.

Wahl des Vorstandes der Stadtverordnetenversammlung für das beginnende Jahr. Die von dem Alterspräsidenten Stadtd. Fißler (Dnat.) vorgenommene Vorsteherwahl ergibt die Wiederwahl des bisherigen Vorstehers Stadtd. Friedrich (Dnat.) mit 42 von 67 insgesamt abgegebenen Stimmen. Stadtd. Bandmann (Soz.) erhielt 22 Stimmen, 3 Stimmpettel sind unbeschieden abgegeben worden. Stadtd. Masche (Soz.) erklärt zur Geschäftsordnung, die Sozialdemokratie sei die hier am stärksten vertretene Partei; die Deutschnationale Situation habe keinen Anspruch auf den Vorsteherposten, da sie sich ja in Wirklichkeit aus zwei Parteien plus einem Ueberläufer zusammensetze. Auch in diesem Hause regiert der Bürgerblock, aber die Wählerschaft wird schon in einigen Monaten diese Verhältnisse revidieren. Die Sozialdemokratie wird erst dann wieder den Vorstand mitbestimmen, wenn hier gründlich ausgefegt worden ist. Stadtd. Darré (Soz.) legt das ihm zugeordnete Amt als Wahlaufseher nieder, da seine Partei an dem weiteren Wahlvorgange nicht interessiert ist. Die bürgerlichen Parteien teilen sich darauf in die übrigen Vorstandsfrage.

Alsdann werden eine Reihe verschiedener Vorlagen erledigt. Dem Einbau eines Saalenträgers und einer Wasserleitung im Meidenhofer Parkgasthaus wurde zugestimmt. Stadtd. Wolf (Soz.) beantragte, diese Angelegenheit dem Ausschuss II zuzuwenden und grundsätzlich einmal zu prüfen, ob zu solchen natürlichen Arbeiten die Stadt verpflichtet ist. Angenommen wurde der Magistratsantrag, dem Zahnarzt Dr. Tullje für die Aufgabe seiner auf einem Grundstück des städtischen Waisenhaus-Krankenhauses befindenden Wohnung eine 33 Pfennigsumme von 600 Mark zu bewilligen.

Ein Dringlichkeitsantrag fordert die Vorbereitung der Neuwahl von drei unbesetzten Magistratsmitgliedern und bringt eine Fortsetzung der Auseinandersetzungen, die um diese Frage schon in der letzten Sitzung geführt wurde. Stadtd. Masche (Soz.) wundert sich über die Dringlichkeit dieses Antrages, da nach der Erklärung des Magistrats kaum Veranlassung vorliege, diese Wahl vorzunehmen. Oberbürgermeister Dr. Wagner geht noch einmal auf den in der letzten Sitzung angenommenen Antrag der Vermehrung der unbesetzten Stadträte ein und erklärt, daß er, nur um Konflikte zu vermeiden, diesem im Magistratskollegium zugestimmt habe. Stadtd. Thum (Dnat.) beantragt Aufrechterhaltung des am 15. Dezember vergangenen Jahres gefassten Beschlusses. Durch die Zuwahl soll vor allem das Gleichgewicht zwischen besetzten und unbesetzten Stadträten hergestellt werden. Stadtd. Masche (Soz.) bestreitet, daß die Städteordnung einen solchen Ausgleich verlange. Die Sozialdemokratie lege Wert darauf, nur verantwortliche Mitarbeiter, aber keine funktionslosen Statisten im Magistrat sitzen zu haben. Oberbürgermeister Dr. Wagner erklärt noch, daß er die Angelegenheit weder von diesem noch vom rechtlichen Standpunkte aus beurteile, ihm sei es lediglich um die Sicherung des Friedens zu tun. Der Dringlichkeitsantrag wie der Zusatzantrag des Stadtd. Thum werden nach dieser Debatte angenommen.

Ein weiterer Dringlichkeitsantrag, der Stadtheater G. m. b. H. ein zum Reichsbankdiskont verzinsliches Darlehen von 115 000 Mark zu gewähren, ruft wieder einmal eine

lebhaft Theaterdebatte hervor. Bei aller Sparsamkeit und trotz des guten Besuches des Theaters fehlen ihm 108 000 Mark, da ihm bei der Etatsberatung 30 000 Mark gestrichen wurden, aus der Inflationszeit noch ein Defizit von 42 000 Mark besteht, 30 000 Mark von der Landesschatkasse nicht eingegangen sind und Arbeiter- und Angestelltenlöhne erhöht werden mußten. Die von der Stadt und Provinz bereitgestellten Mittel sind erschöpft und für Lohn- und Gegenleistungen stehen dem Theater nur die eigenen unzulänglichen Einnahmen zur Verfügung. Stadtd. Wolf (Ztr.) wendet sich gegen die Höhe des zu bewilligenden Darlehens, beantragt Ueberweisung der Vorlage an den Ausschuss VIII und vorläufigweise 40 000 Mark sofort zu bewilligen. Stadtd. Frey (Soz.) verlangt, daß endlich einmal mit den verstorbenen Breslauer Theaterverhältnissen Schluß gemacht und eine ordentliche Regelung für alle Theater getroffen werde. Mit vollem Recht wird nun auch das Schauspiel keine Forderungen einbringen. Es wäre vor allem Aufgabe des Staates wie des Reiches, sich für die Kulturarbeit mehr zu interessieren. Mit den von dem Reichswehrministerium der Rhodus-L.G. zugeflossenen 3 Millionen Mark wäre dem deutschen Theater besser gebietet gewesen. Er beantragt ebenfalls sofortige Bewilligung von 40 000 Mark und für den Rest der geforderten Summe Ausschußüberweisung. Auch Oberbürgermeister Dr. Wagner betont, daß hier Reich und Staat eingreifen haben, zumal dort Mittel dafür vorhanden sind. Stadtd. Ammon (Komm.) kann der Vorlage kein Interesse abgewinnen, da ja nur ein kleiner Teil der Bevölkerung einen Anteil von der Bewilligung haben kann. Was soll all das Gerede von Kultur, bevor nicht Wohnung und Ernährung den unteren Volksschichten gesichert sind. Oberbürgermeister Dr. Wagner entgegnet auf leichtere Ausführungen, daß gerade trotz aller noch bestehenden Not das höchste Kultur erhalten bleiben muß. Der Mensch lebt eben nicht vom Brot allein. Der Antrag findet in der von den Debatteurem beantragten Abänderung, 40 000 Mark vorläufigweise zu bewilligen und Ausschußüberweisung für den übrigen Teil der Summe, Annahme.

Noch einmal gibt es eine lebhaft Aussprache bei einem, vom Zentrum vorgebrachten und Stadtd. Seppelt (Ztr.) begründeten Antrag, für ein vom Barmherzigen Brüdern-Kloster aus dem Erholungsheim in Littenhal in umgebautes Krüppelheim 40 000 Mark Baukostenzuschuß als unverzinsliches Darlehen zu bewilligen. Dafür sollen von 200 hier eingerichteten Stellen 40 für Breslauer Kinder freigegeben werden. Stadtd. Zils-Eckstein sieht in der Art des gestellten Antrages einen Ueberzumpelungsversuch. Es ist doch zu verwundern, daß ein solches Projekt auf so rasche und unermittelte Weise den Baukostenzuschuß fordere, ohne daß der bei solchen Dingen übliche Weg der Ausschußberatung eingeschlagen werden soll. Es sollen eben wieder einmal

für eine reine konfessionelle Anstalt künstliche Gelder gegeben werden. Gleichzeitig sichert man sich auf diese Weise 40 Breslauer Kinder, die in neutralen Anstalten untergebracht werden könnten. Für den Aufbau der Wohlfahrtsanstaltungen von sozialistischer Seite werden Gelder nicht bewilligt. Auch wir haben nach dieser Seite hin Ansprüche geltend zu machen, sie beantragen darum Ueberweisung dieses Antrages in die Ausschüsse VII und VI. Nach weiterer Debatte, in der der deutschnationale Stadtrat Goehlich die Notwendigkeit der dringlichen Erledigung betont, Bürgermeister Herßel und die Stadtd. Heilberg (Dem.) und Seppelt (Ztr.) zu den Ausführungen der Genossin Zils-Eckstein in Stellung nehmen, wird der Antrag in der vorliegenden Form gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Stadtd. Frey (Soz.) begründet einen Antrag, die Verhandlungen des Ausschusses VIII in Zukunft stenographisch aufzunehmen und nach Vernichtung aller Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung zu stellen. Dies sei aus informativischen Gründen notwendig, weil die Beratungen gerade dieses Ausschusses oft längere Zeit unterbrochen werden. Stadtd. Seppelt (Ztr.) verweist auf die Kosten, die daraus entstehen und deutet darauf hin, daß man dann dort in Zukunft vorsichtiger reden müsse. (1)

Er beantragt Ueberweisung dieses Antrages an den Ausschuss I. Stadtd. Thum (Dnat.) beauftragt die Versammlung durch seinen Bericht, daß jeder Redner des Ausschusses VIII die Drucklegungskosten seiner Rede selber tragen müsse. Stadtd. Frey (Soz.) hebt entgegen den Ausführungen des Zentrumredners hervor, daß keine Partei vor stenographischer Abfassung der Reden nichts zu fürchten habe. Es sei zu überprüfen, ob der betreffende Ausschuss nicht selbst das Recht habe, über diese Angelegenheit zu beschließen. In der darauf folgenden Abstimmung findet der Antrag Ueberweisung an den Ausschuss I.

Achtung! Frauen! Montag, den 16. Januar, finden in allen Städtischen öffentlichen Frauenversammlungen mit sehr interessanten Themen statt. Besucht zahlreich diese Versammlungen! Beachtet in der morgigen Nummer die Versammlungstafel und Redner.

Bei der Bewilligung von 42 300 Mark für den Ausbau der Reicher Straße (zwischen Schön- und Wüstenberger Straße) als Anliegerstraße, um die die katholische Kirchengemeinde der hier gelegenen St. Heinrich-Kirche gebeten hatte, weist Stadtverordneter (Soz.) darauf hin, daß trotz 15 katholischer Kirchen noch eine solche in Breslau errichtet werden mußte. Für diese Zwecke ist also noch immer Geld vorhanden, während für den Wohnungsbau kaum Mittel aufzubringen sind.

Der Antrag auf Erwerbung einer Urlandsfläche aus dem Grundstück Auenstraße 32 wird dem Ausschuss überwiesen. Des weiteren wird der Ausbau der freigelegenen gewerblichen Räume im Erd- und Zwischengeschoss der kgl. Grundstücke Blücherstraße 14/15 und Kohnmarkt 3/2 für Bürozwede, der Ausbau der Kaiser-Wilhelm-Straße längs des Südparks mit einem Kostenaufwand von 94 122 Mark, die Lieferung alter Granit-Bruchsteine zu Pflasterarbeiten auf den Gutsböden in Steine und Wüstenberg, die Errichtung der Herriehausenstraße für ausgetauschtes Kieselland in Oswitz und der Verkauf einer Fläche aus dem Feldgrundstück der Nikolai-vorstadt beschließen.

Der um 20 1/2 Uhr beendeten öffentlichen Sitzung folgt nach eine geheime Sitzung.

Ein Schwertriebsbeschädigter wird auf die Straße gesetzt, weil ihn sein Chef nicht ausstehen kann.

Im Konfektionshaus A. war der Schwertriebsbeschädigte S. als Jahrlöhlführer angestellt. S. war ein stiller und gewissenhafter Arbeiter. Nur schien er nicht das Wohlwollen seines ersten Chefs gefunden zu haben. Wegen Lappalien erhielt er von diesem Ermahnungen. Da war einmal bei seiner Uniform eine Naht gerissen und er konnte diesen „Schaden“ nicht logisch reparieren, ein andermal kam er sogar — man denke — mit aufgeschmierter Blüte ins Geschäft, dann hat sich der Beleidigte einmal beim Warten auf Kunden an ein Regal angelehnt. (!) Das waren die „Gründe“ gewesen, die schließlich zu seiner Entlassung führten. Vor dem Arbeitsgericht klagte er nun auf Grund des Schwertriebsbeschädigtengesetzes auf Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses. Außer den hier angeführten Lappalien mußte der Beklagte hier nichts vorzubringen. Widerholt mußte hervorgehoben werden, daß gegen seine Arbeit nichts einzuwenden sei. Da die Firma inzwischen seinen Austausch beantragt hatte und darüber noch kein Bescheid von der Hauptfürsorgebehörde vorlag, mußte die Entscheidung in dieser Angelegenheit verlagert werden.

Der Arbeiter hat den Mund zu halten.

Der Tischler K. war bei der Firma R. beschäftigt. Als ihm eines Tages ein bei seiner Arbeit befindlicher Lehrling fortgenommen wurde, beklagte er sich darüber bei einem seiner Chfs. Was der Mann wagt unsere Maßnahmen zu kritisieren? Sofort wurde er stilllos entlassen und die geleisteten Wochenlöhne nicht ausbezahlt. Aber der Mann ging zu seiner Organisation, und verlegte dann seinen selbstherrlichen Chef vor dem Arbeitsgericht zur Zahlung der geleisteten Überstundenarbeit von insgesamt 50 Mark und den Lohn für die Zeit bis zum Ablauf der gesetzlich zulässigen Kündigungsfrist. Die beklagte Firma hatte viel Mühe, ihre Handlungsweise zu rechtfertigen. Auf Grund dieser Tatsache und weil der Kläger inzwischen schon anderweitig Arbeit gefunden hatte, wurde ohne viel Schwierigkeiten ein Vergleich geschlossen. Die Beklagte hat demnach an den Kläger 30 Mark zu zahlen.

Ueber die Milchehe.

Auf Einladung der Breslauer Zentrale für Jugendfürsorge sprach Universitätsprofessor Dr. Carl Bornhausen am Dienstagabend im Schönerbergersaal des Landgerichtsgebäudes über „Die zivilische und religiöse Bedeutung der Milchehe (eine Betrachtung zum Reichsgesetz vom 15. Juni 1921)“. Der Redner wies darauf hin, daß das Reichsgesetz trotz seiner Bedeutung bisher fast unbeachtet geblieben sei und wie wenig man sich um die Auswirkungen dieses Gesetzes gekümmert habe. In der Milchehe habe nicht der Theologe, sondern der Erzieher das Wort. Der Redner hält gerade die Not des einfachen Christenvolkes für groß, bei dem der Seelenbund zweier Liebender verschiedener Konfession von der Verwandtschaft mit Gott und Hölle verfolgt und schließlich häufig genug von der Weltöffentlichkeit verachtet wird. Die evangelische Kirche duldet zwar die Milchehe, sieht aber die einzig glückliche Lösung in der Befreiung des andersgläubigen Partners zur evangelischen Kirche. Die katholische Kirche betrachtet jede Milchehe als minderwertig und die Eltern, falls sie nicht katholisch erzogen werden und die Eltern nicht katholisch getauft wurden, als unehelich, ja, es wird sogar von Konfessionen gesprochen. Der Wunsch der doppelten Erziehung ist zwar unfeinlich, aber feilschlich. Der Redner glaubt, daß die Kinder aus Milchehen gerade heraus charakterlose Christen werden und über die Konfessionszugehörigkeit hinauswachen. Das Reichsgesetz will nun die freie individuelle Initiative, die unter der kirchlichen Bevormundung geschlafen hat, wieder wecken. Der Gesetzgeber bestimmt, daß über die religiöse Erziehung der Kinder die freie Einigung der Eltern entscheidet und Beträge über die religiöse Erziehung eines Kindes keine bürgerliche Geltung haben. Gegen die Ehe zwischen Angehörigen verschiedener christlicher Konfessionen bestehen keinerlei zivilische und moralische Bedenken. Kein Mensch und keine Kirche kann das Seelenheil eines Menschen ausmachen. Die Kinder seien keineswegs ein Nebenprodukt der Kirche. Nicht die Kirche, sondern die Eltern gehören die Kinder, und den Eltern ist es vorbehalten, die religiöse Erziehung in freier Einigung zu bestimmen, bei der auch Mutter und Kind Mitsprachemöglichkeiten haben. Diese neue Erziehung, die das Gesetz gebracht hat, wird sich das Volk nicht mehr nehmen lassen. Eine immer härtere Milchehe der Konfessionen durch die Ehe wird einzutreten, und die Schließgewalt der Kirche wird die Selbstgewalt der Konfession nicht brechen können. Nach dem kirchlichen Kirchenrecht ist eine Ehe zwischen Katholiken und Nichtkatholiken (Neben eim.) unmöglich, kommt überhaupt nicht zustande, und auch die Ehe zwischen katholischen und evangelischen Personen gilt, wie erzwungen, in jedem Falle als minderwertig. Der Redner wies auf die völlige Unmöglichkeit der freien, ungeschlichen verhandelbaren individuellen Befreiung hin und begründete die Unmöglichkeit der Einigung der religiösen Überzeugung zum Zwecke der zivilischen Erziehung und Ausbildung und als ein Verbrechen, das die völlige Befreiung der neuen ganzen Welt verdient. Sehr deutlich und überzeugend war die Behauptung des Redners, daß die kirchliche Kirche sich in dieser Hinsicht nicht als Friedensmächterin gezeigt habe und die Schuldigkeit öffentlicher und privater auch der Welt gegenüber habe.

Ein Teil der zahlreich erschienenen war von dem Vortrag. Der Redner wies auf die Ehe zwischen den verschiedenen christlichen Konfessionen hin und begründete die Unmöglichkeit der freien Einigung der religiösen Überzeugung zum Zwecke der zivilischen Erziehung und Ausbildung und als ein Verbrechen, das die völlige Befreiung der neuen ganzen Welt verdient.

Gewerkschaftshaus - Lichtspiele

Unsere Erlebnisse
Auf hoher See
Pat und Patachon
Wir kämpfen als Exportsieger. Watschfänger, wie auch als Boxer in Spanien.
Schwere Jüngens auf leichter See
Dazu der beste Tanzfilm: Rio Tin Tin unter Wölfen.
Kleider 25 Pl., Erwachsene 50 Pl., Arbeiter-Sparkortell o. V.

stürzende Unmässigkeiten, Zufälle, die auf die Sekunde eintreffen und Szenarien, aus denen die Kuffler nur zu sehr erkennbar ist, geben dem Film ein zu übernatürliches Gepräge. Bemühterwert veranlässlichen die einzelnen Bilder höchstens die meisterhafte Dressur des Hauptdarstellers Rin-Tin-Tin. Die Volkswochenchau mit zahlreichen Winterportbildern beschließt das Programm, das noch heute in zwei Vorstellungen rollt und zu dem auch Kindern der Zutritt gestattet ist.

Der knauerige Unternehmer und sein nobler Kuffler.

Wenn man in der Lotterie gewinnt.
Die Sache spielt vor dem Breslauer Arbeitsgericht und ist trotz ihres ersten Hintergrunds eine recht lustige Angelegenheit. Der Kuffler H. hatte nicht nur mit seinen beiden kräftigen Bräunern seine schwere Fuhrwerksarbeit zu leisten, sondern war selbst ein rechtes Arbeitspferd. Morgens um fünf Uhr schon im Stalle, fuhr er jetzt im Winter schon um 6 Uhr los und machte am Tage seine drei Fuhren. Zwölf, ja manchmal vierzehn Stunden schuftete er so. Als aber vor Weihnachten die große Kälte war, konnte er es nicht verantworten, daß seine Pferde nun noch über den schon recht langen Arbeitstag hinaus angespannt werden sollten. Er weigerte sich einmal, noch eine weitere Fuhr zu machen. Daraufhin wurde er von seinem Chef H. freilich entlassen. Drei Tage wurden dem fleißigen Kuffler überhaupt nicht gezahlt. H. klagte nun vor dem Arbeitsgericht seinen recht verdienten Lohn und um weiterhin eine Woche Lohn ein, da er mit achtstägiger Kündigung angestellt war. Herr H. konnte nicht viel zur Begründung seiner Handlungsweise vorbringen. Desto mehr erzählte der Kuffler von der Art seiner Tätigkeit.

Herr Gerichtshof, stellen Sie sich vor — — — morgens um fünf im Stalle — — — die Hundekälte — — — die langen Strecken — — — von mir will ich gar nicht reden, aber die armen Pferde — — —
Ueber eine halbe Stunde klagt er sein Lied der Arbeit. Man bewundert die Geduld des Vorstehenden. Er schlägt wie üblich vor, sich zu vergleichen. Doch der laubere Herr Unternehmer will nichts zahlen. Wieder eine lange Rede seines Kufflers über das soziale Verhalten dieses Arbeitgebers; er redet, von lebhaften Gesten begleitet, im ganzen Gerichtssaal herum, bis er doch erklart, mit 17,50 Mark, dem zutreffenden Lohn für drei Tage, zufrieden zu sein, denn — juchhe.
„Hauen Sie sich meine Schale an, neuer Valetot, neuer Anzug, neuer Hut, ja, ich kann es mir jetzt leisten, denn ich habe — 16 000 Mark in der Lotterie gewonnen. Tableau!“

Rur mit Widerstreben erklatr sich der Fuhrwerksbesitzer mit diesem Vergleich einverstanden. Triumphtierend zieht sich der schneidige Kläger zurück.
Der Beklagte aber muß noch vor den Schranken bleiben, denn schon steht ein neuer Kläger vor ihm, dem er noch sechs Mark für eine geleistete Arbeit zu zahlen hat. Vergleichsvorschlag: vier Mark. Wieder will er davon nichts wissen. Da zeigt sich noch einmal der glückliche Gewinner von seiner noblen Seite, gibt seinem Kollegen eine Mark. Nur drei Mark sollen noch gezahlt werden. Auch diese geringfügige Summe wird zu zahlen abgelehnt. Er will nun noch Zeugen vorbringen, daß diese Arbeit nicht direkt von ihm bestellt worden sei usw. Also wegen drei Mark Zeugenaufmarsch und neuer Termin. Leider kann im höchsten dieser Geisstragen nur zur Zahlung von sechs Mark, Zeugegebühren und Gerichtskosten verurteilt werden.

Gewerkschaftshaus - Lichtspiele
Unsere Erlebnisse
Auf hoher See
Pat und Patachon
Wir kämpfen als Exportsieger. Watschfänger, wie auch als Boxer in Spanien.
Schwere Jüngens auf leichter See
Dazu der beste Tanzfilm: Rio Tin Tin unter Wölfen.
Kleider 25 Pl., Erwachsene 50 Pl., Arbeiter-Sparkortell o. V.

Diebstahl-Darlegung-Boris-Feier

Transporter Revolutionen (Orgel); Prolog zu diesem Abend: Der Kuter zum Streit, Die Revolution, Die Konterrevolution (Liedbilder); Der Kämpfer und der Kette; Das Lied der großen Trauer (Orgel); Bild: Nicht fürchten wir den Feind (Schulpausrede); Das Lied der Befreiung (Musik, Bild, Gesang). Die Veranstaltung ist Sonntagabend, 14. Januar, 8 Uhr, in der Konfessions-Gemeinde, Granzstr. 13. Eintritt: Jugendliche 20 Pl., Erwachsene 30 Pl.

In alle jüngeren Parteigenossen!

Heute abend, 20 Uhr, spricht der Genosse Max Paulsch in dem Gruppenabend der Jungsozialisten Scheitrig, Sand- und Perler über das Thema: Die Wohnungsverhältnisse der Gemeinde. Der Vortrag findet in der Feder-Halle am Seehamm statt. Recht zahlreich werden die jüngeren Parteigenossen der dortigen Ortsgruppe erwartet.

Der Ringerschieber im Jirtus Bujak

Nach am Donnerstag seinen Vortrag Schulz und Risch bestritten das erste Treffen, es kam aber nach zwei Gängen keine Entscheidung zustande. Threns-Kämpfer ist gewohnt, schnell zu liegen; diesmal war er beim Gegner Kater schon nach acht Minuten im Schanden. Die Gestaltung des Abends bildete ein herausfordernder Kampf in freier Stille, außer Konterrevolution zwischen Grünweissen-Gebiet und Hutjansen-Gebiet. Die verurteilten drei Gänge von je 7 Minuten erforderten eine stille innerer Konterrevolution, jedoch keine Entschädigung. Der Kampf wird nicht fortgesetzt. Zum Schluß wurden die Duelle-Besitzer und Spezial-Jugendlichen im Kampfsport gegenüber. Es folgt Dr. Ma nach 8 Uhr. In der Besprechung am Donnerstag im Willing-Berlin.

Diebstahl-Darlegung-Boris-Feier

Transporter Revolutionen (Orgel); Prolog zu diesem Abend: Der Kuter zum Streit, Die Revolution, Die Konterrevolution (Liedbilder); Der Kämpfer und der Kette; Das Lied der großen Trauer (Orgel); Bild: Nicht fürchten wir den Feind (Schulpausrede); Das Lied der Befreiung (Musik, Bild, Gesang). Die Veranstaltung ist Sonntagabend, 14. Januar, 8 Uhr, in der Konfessions-Gemeinde, Granzstr. 13. Eintritt: Jugendliche 20 Pl., Erwachsene 30 Pl.

In alle jüngeren Parteigenossen!

Heute abend, 20 Uhr, spricht der Genosse Max Paulsch in dem Gruppenabend der Jungsozialisten Scheitrig, Sand- und Perler über das Thema: Die Wohnungsverhältnisse der Gemeinde. Der Vortrag findet in der Feder-Halle am Seehamm statt. Recht zahlreich werden die jüngeren Parteigenossen der dortigen Ortsgruppe erwartet.

* Im Diebstahl-Theater verunglückte gestern abend ein Mitglied der Deblars-Radfahr-Revue. Die kleine tapferere Artistin blieb aber bis zum letzten Moment auf der Bühne, mußte aber dann in die Klinik transportiert werden. Da Herr Deblars mehrere Hilfskräfte zur Verfügung stehen, tritt die Revue auch weiterhin allabendlich mit größtem Erfolge auf.

* Um die unstrittigen Grenzen der Leibesübungen in ihrer Einwirkung auf Körper und Geist aufzudecken, behandelt in einem Lehrgang der Volkshochschule Studentrat Günther Steinhäuser „Das Wesen der Leibesübungen und ihre Bedeutung für die Gesundheit und Bildung des Menschen“. Der Lehrgang findet vom 25. Januar an immer Mittwochs, 20 bis 21 1/2 Uhr, statt. Anmeldungen dazu müssen alsbald im Volkshochschulamt, Münzstraße 16, 10 bis 15 oder 17 bis 20 Uhr werktäglich erfolgen.

* Junghemde Unfährigkeit in den städtischen Anlagen. Auf dem Wege zu einer Veranstaltung ihres Jugendvereins in einer Baracke an den Leichädern, wurde am Sonntag in der Zeit von 6—7 Uhr, ein junges Mädchen von zwei jungen Burken überfallen. Sie schlugen es mit den Fäusten so auf den Kopf, daß es die Unfallstelle „Bethesda“ aufsuchen mußte. Das Gelände ist in letzter Zeit zu einem Tummelplatz von allerlei Gestalten geworden, das in den schlecht erleuchteten Anlagen sich wohl fühlt. Die Wegebeschaffenheit, besonders auf diesem Wege im Spielplatz, wo das Wasser bei Tauwetter stellenweise 10—15 Zentimeter hoch steht, ist einer Großstadt unwürdig. Die Beleuchtung in diesem Gelände ist sehr mangelhaft. Dringende Abhilfe tut Not.

* Streik um eine Zehne. An der Gde Viktoria- und Kronprinzstr. kam es am Donnerstag nach 23 Uhr zu einer Schlägerei zwischen einem Manne und zwei Brüdern. Die Polizei schritt gegen die Kämpfenden ein, stellte ihre Personalien fest und schaffte den einen der Beteiligten in das Wenzel-Hande-Krankenhaus, da er von den Brüdern am Mund, an der Nase und am linken Auge verletzt worden war. Die Ursache zu dem Streik war, daß sich die Männer über die Begleichung der gemachten Zehne nicht einig werden konnten.

* Die Briefstache mit 130 Mark und einem Los der Staatslotterie ist einem Manne vor einem Hause in der Kleinen Großenstraße durch eine unbekante Frau aus der inneren Westentasche gestohlen worden.

Genossenschaftswesen.

Die Konsumvereine gegen Preisdiktatur.

Ein eigenartiges Erlebnis hatte der Konsumverein „Haus-halt“ für Meerane und Umgegend. Dieser eröffnete am 11. November vorigen Jahres eine Spezialverteilungsstelle, in der er unter anderem auch Schallplatten für 4,10 Mark, nach Abzug von 5 Prozent Rabatt für 3,90 Mark abgab, weil er dabei bei normaler Kalkulation durchaus keine Rechnung fand und den „vorgeschriebenen“ Preis von 5 Mark um 1,10 Mark zu hoch hielt. Bereits am 30. November erhielt der Verein von der juristischen Abteilung der Carl-Lindström-A.-G., Berlin, einen eingehenden Brief betr. „Preisunterbietung“. In diesem Briefe wurde bei Androhung jeder Lieferungsverweigerung vom Konsumverein verlangt, sich „stritt“ an die von der Firma „vorgeschriebenen Preise“ zu halten und einen neuen Verpflichtungsschein zu unterschreiben, der unter anderem eine Vertragsmindestrage von 100 Mark für jeden Verbetretungsfall und für jede Schallplatte und jeden Sprechapparat vorsteht. Der durch die Preisliste vorgeschriebene Aufschlag auf den Einkaufspreis, der den Verdienst des Kleinhandlers darstellt, beträgt bis zu 57,2 Prozent. Selbstverständlich lehnte die Genossenschaft die Unterzeichnung des Reverses grundsätzlich ab und teilte der Firma mit, daß sie ihr nicht gestatten könne, dem Konsumverein Vorschriften über die Führung seiner Geschäfte zu machen; sie sei Vertreterin der Interessen organisierter Verbraucher und bestimme deshalb selbst, welche Abgabepreise sie für angemessen halte. Darauf erhielt der Verein wiederum einen Brief, den er nicht beantwortete, weil er es nicht verdiente. Die Firma erlaubte sich darin die Bemerkung, daß „das Schleudern von Markenartikeln grundsätzlich sittenwidrig“ sei, sie schloß den Konsumverein zugleich vom Bezug ihrer sämtlichen Sprechapparate und Schallplattenmarken aus, indem sie ihre Zwischenhändler verpflichtete, die Konsumgenossenschaft nicht weiter mit ihren Fabrikaten zu beliefern. Schließlich machte die Firma noch darauf aufmerksam, daß die Genossenschaft trotz der Sperre ihre sämtlichen Fabrikate nicht unter den von der Firma vorgeschriebenen Preisen verkaufen dürfe. Zu diesem ekkantanten Fall einer Preisdiktatur sagt die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ dieses: Die „juristische“ Abteilung der Carl-Lindström-A.-G. muß von der deutschen Gesetzgebung und Rechtsprechung eine unglaublich schlechte Meinung haben, wenn sie es sich möglich hält, daß ein Gericht jemand deswegen verurteilen könnte, weil er sich weigert, Preise zu nehmen, die ihm selbst sittenwidrig und unehrenhaft erscheinen. Aber solche Auffassungen zeigen, daß allerdings in der Gesetzgebung Lücken bestehen: es fehlt eine Bestimmung, die den ins Gefängnis schickt, der seine wirtschaftliche Machtstellung dazu mißbraucht, Mitmenschen zu Handlungen oder Unterlassungen zu nötigen, die diese für sittenwidrig halten. Wir erwarten von der Gesetzgebung, daß sie diesem warenverfeuernden Treiben des verstopften Fabrikanten- und Händlertums schleunigst im Interesse der Verbraucher durch scharfe Strafbestimmungen einen Riegel vorstellt. Rohin geraten wir, wenn die Verwilderung der Rechts- und Sittenverhältnisse sogar so weit geht, daß man ganz öffentlich die Weigerung, den Menschen die Waren ungeschädlich teuer zu verkaufen, als sittenwidrig zu bezeichnen wagen darf?

An unsere Mitarbeiter!

Bestlich, einseitig beschriebene und kurz abgefaßte Berichte, bei denen nach Möglichkeit zur Orientierung der Redaktion das Datum angegeben ist, erleichtern die redaktionelle Arbeit wesentlich und beschleunigen die Veröffentlichung. Für den Fall etwaiger Rückfrage usw. ist es ferner erforderlich, daß unsere Mitarbeiter bei jeder Einreichung Namen und Adresse angeben. Unserlangte Manuskripte werden im Nichtverwendungsfall nur bei Beiträgen von Rückporto zurückgeschickt.

Achtung, Reichsbanner!

Da wir in letzter Zeit mehrfach Versammlungsanzeigen von den einzelnen Ortsvereinen erhielten, machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß gemäß den getroffenen Verein-

Wahrheit über das Schlauheitsproblem.

Bekannte ärztliche Autoritäten haben festgestellt, daß bestimmte Mineralwässer durch ihre Wirkung auf die Organe des Blut magerarter machen. Eine ärztliche Autorität schreibt:

Das Bittersalz, wie überhaupt die Mittelsalze, entziehen dem Körper Wasser. Es kommt mit dem dünnen Säften mehr Wasser aus dem Körper heraus, als das getrunkenen Salzwasser beträgt. Das Blut wird also wasserärmer.
Die zuverlässigste Methode ist die Anwendung des Kruschen-Salzes, welches die besonderen Mineralwässer in Gemäß seiner Form unter Berücksichtigung geeigneter Feiner Gaben in genauer Analyse enthält. Die Schwächung wie beim Kruschen-Salz ist von großen ärztlichen Autoritäten anerkannt worden. Je mehr Kruschen-Salz im Stuhl, um so mehr Harnsäure, Gifte und Glycerin werden aus dem Körper herausgezogen und dadurch bildet natürlich ein besserer Stoffhaushalt. Eine Kruschen-Salz nicht für 100 Tage, somit tägliche Gesundheitspflege für 3 Pl.

Der Kampf in der Kanalschifffahrt.

Wohnungsterror der Arbeitgeber.

Die westfälische Transport-Aktiengesellschaft hat von ihrem gesamten ausgesperrten Personal die Räumung der Wohnungen an Bord der Fahrzeuge verlangt. Das ist der Vorstoß gegen die Familien der Schiffer. In einem Fall hat ein Amtsrichter in Dortmund eine einstweilige Verfügung erlassen; gegen diese war Einspruch erhoben worden wegen Unzuständigkeit des Amtsgerichtes. Das Amtsgericht Dortmund unter Herrn Amtsgerichtsrat Reese hat sich jedoch in seinem Urteil seine Zuständigkeit selbst bestätigt.

Wenn schon der Erlaß einer einstweiligen Verfügung über den Kopf des Schiffers hinweg ertauscht war, da diesem durch einfachen Gerichtsbeschluß die Räumung ausgedehnt wurde, ohne ihn gehört zu haben, so durfte man doch wenigstens annehmen, daß der inzwischen besonders auf die Zuständigkeit des Arbeitsgerichtes hingewiesene Richter eines Besseren sich hätte besinnen lassen. Man durfte erwarten, daß der allgemeine Rechtsgrundsatz, nach dem einstweilige Verfügungen eine Vollstreckung nicht göttlich vorweg nehmen dürfen, wenigstens nachträglich Beachtung gefunden hätte. Leider ist das durchaus nicht der Fall, sondern der Richter bestätigt seine — nach unserer Ansicht unhaltbare — Rechtsauffassung noch besonders in der schriftlichen Begründung eines Urteils.

Es wird in dem Urteil zum Ausdruck gebracht, daß der § 2 Ziffer 2 des Arbeitsgerichtsgesetzes die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte auf die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf solche aus dem Arbeits- oder Lehrverhältnis beschränkt. Die Räumung der Wohnung auf einem Schiff falle aber nicht unter das Arbeitsverhältnis, da diese Wohnung dem Schiffer nur zum Zubereiten seiner Mahlzeiten und zum Schlafen während der Pausen zur Verfügung gestellt sei. Eine Verwahrung sei es nicht. Bei der Verwahrung bestehe das Besitzrecht des Arbeitnehmers, das dem Arbeitsverhältnis entspringe und deshalb bilde die Ueberlassung der Werkwohnung einen Teil der Entlohnung.

Die Arbeitgeber behaupten ständig selbst, daß die Wohnung des Schiffers einen Teil seines Entgelts darstellt. Ein Unterschied zwischen Werkwohnung und einer solchen auf dem Schiff besteht also praktisch nicht. Aus diesen Gründen bedeutet das Urteil eine objektive Rechtsverletzung und zwar einheitlich zugunsten des Arbeitgebers. Es verstand zweifellos die Entscheidung, ob das Dienstverhältnis als aufgelöst zu betrachten war. Aus diesem Grunde hätte das Amtsgericht die Sache als unzuständig dem Arbeitsgericht überweisen, zum mindesten jedoch aussuchen müssen. Dem Arbeitsgericht jegliche Zuständigkeit abzupreden, wie es die Urteilsbegründung tut, ist ein Nothem. Im Kommentar von Dersch-Volkmer zum Arbeitsgerichtsgesetz wird ausdrücklich die Zuständigkeit des Arbeitsgerichtes in solchen Fällen hervorgehoben. Allerdings soll für die Entscheidung über die Räumung das Mietrecht des Arbeitgebers maßgebend sein; dessen Entscheidung ist aber wiederum an die Entscheidung des Arbeitsgerichtes gebunden. Entschieden das Arbeitsgericht, daß das Dienstverhältnis noch nicht gelöst ist, so kann das Mietrecht des Arbeitgebers nicht ausreichen. Aber auch selbst dann, wenn das Arbeitsgericht entschieden hätte, daß ein Dienstverhältnis nicht mehr bestände, wäre eine Räumung nicht ohne weiteres gegeben. Nur die Festlegung eines angemessenen Mietzinses kann der Besitzer beim Mietnützungsbau beantragen. Dieser Standpunkt ist seit langem maßgebliches Recht, schon die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte stellen sich daran. Um so erstaunlicher ist es, daß alles das von dem Amtsgericht in Dortmund nicht beachtet worden ist.

Die Scharfmacher im Arbeitgeberlager wollen die Maßregeln gegen die im Kampfe ausharrenden Kanalschiffer noch weiter verklären. Dazu ist diesen Herrschaften natürlich jedes Mittel, vor allem die Wohnungsfrage, recht. Selbstverständlich ist gegen die Entscheidung des Gerichtes der zuständige Stelle sofort Berufung eingelegt worden und es bleibt zu hoffen, daß das Landgericht Dortmund die Entscheidung des Amtsgerichtes Dortmund mißbilligt.

Wirtschaft.

Die Eisenpreise werden erhöht.

Der deutsche Stahlwerkverband hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, sofort die wichtigsten Eisenpreise zu erhöhen. Die Form- und Stabeisenpreise werden um je 3 Mark erhöht. Der Kanalarbeitspreis für Siemens-Martin-Eisen wurde bei a) Produkt und Stabeisen auf 8 Mark je Tonne festgesetzt, außerdem sind noch andere Preiserhöhungen vorgelesen, deren Ausmaß erst in den nächsten Tagen festgelegt werden soll. Damit hat die deutsche Eisenindustrie jenes Attentat durchgeführt, das man nach dem großen Entgegenkommen des Reichsarbeitsministers zur Erhaltung des Friedens in der Eisenindustrie eigentlich nicht mehr hätte erwarten sollen. (Wir kommen darauf zurück.)

Der deutsche Getreidemarkt.

Behauptete Preise. — Berringerer Mehlverbrauch.

Die deutschen Getreidemärkte zeichnen sich seit längerer Zeit nicht gerade durch Uebersichtlichkeit und Klarheit aus, so daß sich eine recht unsichere Entwicklung ergibt, die alle Möglichkeiten offen läßt. Wenn auch der Stand der Versorgung zu Befürchtungen irgend welcher Art kaum Anlaß gibt, kann doch heute niemand voraussagen, wie sich in der zweiten Hälfte des laufenden Erntejahres — bis zur nächsten deutschen Ernte haben wir noch immerhin reichlich sechs Monate — die Preise gestalten werden.

Fest steht, daß die letzte Weizen- und Roggen- und Gerstenernte in Deutschland qualitativ, rein mengenmäßig, besser ausgefallen ist, als die weniger betrübende Ernte von 1928, das heißt, es wurde so wohl an Roggen als auch an Weizen größere Mengen erntet als im Vorjahre. Bei allen Zusammenstellungen und Statistiken, welche sich mit dieser Materie beschäftigen, wird aber stets übersehen, darauf hinzuweisen, daß die Qualität sehr erheblicher Mengen des in 1927 geernteten Roggens so schlecht ausfiel, daß sich ein großer Teil derselben für die menschliche Ernährung nicht mehr verwenden läßt. Er wird von den Mühlen nicht angenommen und ist daher nicht markt-, oder wie der handelsrechtliche Ausdruck lautet, nicht „andienungsfähig“. Tatsächlich sind in diesem Jahr bedeutend größere Roggenmengen als in normalen Zeiten als Futter für das Vieh verwendet worden.

Eine kleine Einschränkung scheint hier aber doch am Platze zu sein. Wenn die Mühlen sich jetzt besonders wählerisch beim Ankauf von Roggen zeigen, so hat dies vielleicht weniger seinen Grund in dem Bestreben, den Kunden nur eine ganz erstklassige Ware liefern zu können. Vielmehr ist der Bedarf an Roggen ziemlich gering, so daß sie sich von der auf den Markt gebrachten Ware diejenigen Sorten aussuchen können, die ihnen infolge des geringeren Feuchtigkeitsgehaltes eine rentable Ausmahlung verbürgen und darüber hinaus auch Restmahlungsmöglichkeiten seitens der Abnehmer ausschließen. Der schwierige Markt für Korn abfallender Qualitäten ist also fraglich auch eine Folge des schlechten Geschäftsaufbaues am Mehlmarkt.

Trotzdem konnten sich die Preise für Roggen wie für Weizen in den letzten Wochen des verflohenen Jahres ziemlich behaupten. Dieser Umstand dürfte weniger auf die im Durchschnitt festigen oder gar festen Auslandsmärkte, als vielmehr auf die Wetterlage in Deutschland zurückzuführen zu sein. Wie erinnerlich letzte in diesem Winter das Frostwetter sehr zeitig ein. Die Schifffahrt, insbesondere auf den Kanälen und den kleineren Flußläufen, war früher als sonst behindert, zum mindesten behindert. Schon im November mußte man damit rechnen, daß die billigeren Kahnverfrachtungen von Getreide bald aufhören, womit man ausschließlich auf den teureren Bahntransport angewiesen ist. Dazu kam, daß die Gefahr des Einfrierens größerer Ladungen vorlag, wie denn auch in der Tat verschiedene größere Mehlentladungen von Hamburg nach Berlin festgehalten sein sollten.

Diese Situation gab natürlich den Getreidepreisen eine wesentliche Stütze. Aber wie überall an der Börse, verhoffte sich nicht jetzt der alte Erklärungsatz: Gestalt, das Gerüchte und Fingermale die Stimmung stets viel stärker beeinflussen, als der tatsächliche Eintritt eines geschehenen und an sich nicht ganz unbedeutenden Ereignisses. Sobald die Schifffahrt wirklich offiziell eingestellt war und der Markt damit rechnen mußte, bis weit in den März hinein nur auf mit der Bahn verladene Ware angewiesen zu sein, machte die bis dahin vorherrschende Nervosität der Börse sofort einer ruhigeren Auffassung Platz.

Auch hierbei hatten die Mühlen wieder die Führung ergriffen. Sie zeigten sich gar nicht ängstlich und hatten es absolut nicht eilig, Getreide aufzukaufen. Das war um so weniger der Fall, als in den ersten Tagen nach Einstellung der Schifffahrt natürlich viel geringwertiges Material auf den Markt kam. Glauben doch die Besitzer, daß die Mühlen unter dem Eindruck der schwieriger gewordenen Versorgung ihre Ansprüche an die Qualität der Ware herabsetzen und auch geringere Qualitäten ankaufen würden. Diese Hoffnung erwies sich als trügerisch. Später stellt sich heraus, daß auch guter, gesünder und trockener Roggen nicht immer ganz leicht zu verkaufen war. Jedenfalls war, von einigen Schwankungen abgesehen, auch unter den letzten schwierigen Transportverhältnissen von größeren Preissteigerungen und von einer anhaltend ausgeprägten Tendenz nichts zu hören.

Aus dieser Sachlage scheint klar und deutlich hervorzugehen, daß zurzeit auf die Haltung des Getreidemarktes nicht die sogenannte „realistische Position“ des Rohmaterials, die ja durchaus haushaltsgünstig ist, von Einfluß ist, sondern die Abnahmefähigkeit für das Fertigprodukt, das Mehl. Auf den unbefriedigenden Absatz von Mehl ist in der Öffentlichkeit schon wiederholt hingewiesen worden. Daß es sich hierbei nicht etwas nur um die üblichen Klagen der Händler handelt, sondern daß der Verbrauch tatsächlich im Rückgang begriffen ist, insbesondere auffällig beim Roggenmehl, zeigt ganz klar die gehäufte Einführungspolitik der Mühlen. Es würde zu weit führen, wollte man auf die Gründe hierfür eingehen. Nur soviel sei erwähnt, daß die starke Zunahme des Fleischkonsums im vergangenen Jahre hiermit offenbar im direkten Zusammenhang steht.

Gerste hatte in den letzten Wochen einen sehr stillen Markt, was wohl auf die angelegene Finanzlage eines erheblichen Teiles der Brauindustrie zurückzuführen ist. Auch die kapitalstärksten Brauunternehmen verfügen heute kaum über so gewaltige Mittel, um beim Einkauf von Gerste nach Belieben halten und warten zu können. Man rechnet um die Mitte des Monats Januar aber wieder mit einer Belebung des Geschäftes, da die Brauereien um diese Jahreszeit größere Lagerbestände aus den Erträgen ihrer Abnehmer erwarten können. (Wochenspiegel.)

Polen kauft ein Reichsstückamt. In Warschau hat sich mit Unterstützung der polnischen Regierung ein Ausschuss gebildet, der die Schaffung eines neu zu gründenden Reichsstückamtes vorbereiten soll. Die Einrichtung dieses neuen polnischen Reichsstückamtes soll bereits in nächster Zeit veranlaßt werden. In dem Programm, das die polnische Regierung in die Öffentlichkeit aufgestellt hat, ist vornehmlich festgesetzt, daß man beabsichtigt, jede Einfuhr von weichen, tierischen und anderen ausländischen Fetten zu verhindern, die der Verherrlichung des ehemaligen Kaiserreiches oder irgendwelchen militärischen Tendenzen dienen. — Hebräer hat sich in der polnischen Provinz Lublitz ein „Reichsstückamt“ gebildet, das mit dem Reichsstückamt für Polen und dem Reichsstückamt für Litauen zusammenarbeitet.

Die Wartezeit für Arbeitslose.

Eine Regelung durch das Niederschlesische Landesarbeitsamt.

Das Niederschlesische Landesarbeitsamt gibt bekannt:

Auf Grund des Artikels 2 Absatz 2 der Verordnung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung über die Wartezeit für Arbeitslose vom 2. Dezember 1927 (R.M.B. Nr. 35, S. 548) bestimmt der Verwaltungsausschuß des Niederschlesischen Landesarbeitsamtes:

Für Arbeitslose aus folgenden Berufen:

Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Ziegelarbeiter, Tiefbauarbeiter, Schachtmeister, Frühregulierungsarbeiter, Arbeiter der Plaster- und Kunststeinindustrie, Steinseher, Kammer, Gärtnerarbeiter

wird die Wartezeit auf eine Woche verkürzt, sofern nach den örtlichen und persönlichen Verhältnissen anzunehmen ist, daß der betreffende Erwerbslose während der durch Beschäftigungsruddung oder -Stückstand eingetretenen Arbeitslosigkeit Erhaltslohnarbeit übernommen hätte, wenn eine solche vorhanden wäre.

Diese Voraussetzungen hat in jedem Einzelfalle der Arbeitsnachweis zu prüfen.

Der öffentliche Arbeitsnachweis wird jene Voraussetzungen für die Verkürzung der Wartezeit auf eine Woche im allgemeinen beachten müssen, bei ungelerten Arbeitern und bei Arbeitslosen, die den Unterhalt von vier oder mehr Familienangehörigen zu bestreiten haben.

Der öffentliche Arbeitsnachweis wird die Voraussetzungen für die Verkürzung der Wartezeit auf eine Woche zum Beispiel vernachlässigen müssen, wenn der Arbeitslose die Winterarbeitslosigkeit zu Arbeiten in eigener oder in einer seinen Angehörigen gehörenden Land- bzw. Forstwirtschaft zu verwenden pflegt.

Aus Ersparnisgründen sind allzuweitgehende und kostspielige Nachforschungen zu vermeiden.

Diese Regelung gilt für den ganzen Bezirk des Niederschlesischen Landesarbeitsamtes und zwar mit Wirkung vom 12. Dezember 1927 ab. Die örtlichen Stellen haben aber bei der Nachzahlung etwaige Zwischenverdienste durch Gelegenheitsarbeit während der Wartezeit auf die Nachzahlung anzurechnen.

Die Verlängerung der Wartezeit gemäß Artikel 3 der Verordnung findet für die Bezirke des Niederschlesischen Landesarbeitsamtes nicht statt.

Der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes ist der Auffassung, daß im Sinne des Artikels 2 Abs. 1 der Verordnung über die Wartezeit folgende Arbeitnehmer im Bezirk des Landesarbeitsamtes Niederschlesien nicht denjenigen Betrieben zuzurechnen sind, die „in unmittelbarer Folge von Witterungsverhältnissen alljährlich in der Regel eingeschränkt oder zeitweilig eingestellt werden“:

Berg-, Steinbruch-, Eisenbahnstrecken-, Wegearbeiter, Stein-, Schlagger, Steinmetzen, Maler, Radierer, Antreiber, Studienteure, Gipser, Rabbitspinner, Klempner, Barflosser, Glaser, Holz-, Schnittpfaffen-, Ofenseher, Installateure, Bootsteuere, Schiffer, Schiffabrisangestellte, Land- und Forstarbeiter mit Jahresverträgen.

Unfälle in der Landwirtschaft.

In 107 597 pommerischen Betrieben 7526 Unfälle in einem Jahr.

In einigen pommerischen Blättern wurde dieser Tage über die Unfälle in der pommerischen Landwirtschaft berichtet. Danach zählt die pommerische Landwirtschaft 107 597 Betriebe, in denen 576 000 Personen versichert sind. Im letzten Berichtsjahr wurden 7526 Unfälle angemeldet, von denen 2279 antizipiert werden mußten. An Maschinen wurden 262 Personen verletzt, 12 davon tödlich. Die Zahl der gesamten Todesfälle betrug 113. Es ist das der höchste Stand seit 1920. Die fünf technischen Aufsichtsbereiche der pommerischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft hielten in landwirtschaftlichen Vereinen, in Arbeitnehmerorganisationen und in 25 landwirtschaftlichen Säulen bestehende Kartelle über Unfallschutz im Maschinen- und Bauwesen und über die Gefahren bei Verwendung des elektrischen Stromes in der Landwirtschaft. Sie berichteten dabei, daß an 783 Revisionstagen 12 138 Haupt- und 85 Nebenbeschäftigte erstmalig beaufsichtigt wurden. In 83 Hauptbetrieben waren keine Mängel zu beanstanden. In den beanstandeten 12 055 Hauptbetrieben wurden 89 182 und in 85 Nebenbetrieben 262 Mängel festgestellt. In den Hauptbetrieben entfielen somit 7,39 und in den Nebenbetrieben 3,08 Mängel auf jeden Betrieb. In 1037 Fällen mußte die Berufsgenossenschaft Verhaftungen verhängen. Immer wieder dasselbe Lied: Die Lebensgefahren in den landwirtschaftlichen Betrieben sind unermindert groß.

Es ist richtig, zum Teil haben die Verlesenen infolge ihrer Gleichgültigkeit an den Unfällen selbst schuld. Der Deutsche Landarbeiter-Verband läßt es deshalb auch an häufigen Mahnungen an die Adresse der Arbeitnehmer nicht fehlen. Daß aber auch die landwirtschaftlichen Unternehmer von Schuld nicht freigesprochen sind, daß auf ihrer Seite sogar der größte Teil der Schuld gesucht werden muß, zeigt die Feststellung in dem vorstehenden Bericht, daß unter 12 138 beaufsichtigten Betrieben nur 83 waren, in denen keine Mängel zu beanstanden waren. Auch die weiteren Feststellungen in dem Bericht, daß in den beanstandeten 12 055 Hauptbetrieben 89 182

Mängel festgestellt werden konnten und in 1037 Fällen von der Berufsgenossenschaft Verhaftungen erfolgen mußten, sprechen nicht gerade zugunsten der landwirtschaftlichen Unternehmer im pommerischen Eldorado.

Der Streik in den Berliner Wurstfabriken erfolgreich beendet.

Der Streik in den Berliner Wurstfabriken ist nunmehr beendet worden. Die Löhne der Fleischergehilfen werden ab 1. Januar um 7 Pf. pro Std. erhöht; für die übrigen Gruppen tritt eine Erhöhung der Löhne von 5 Prozent ein. Diese Abmachungen gelten bis 30. September. Ab 1. Oktober erfolgt für die Fleischergehilfen eine weitere Lohnerhöhung um 3 Pfennig und für die übrigen Gruppen eine Lohnerhöhung im gleichen Hundertsatz.

Das reale Lohnniveau in den neutralen Staaten Europas

ist während des Krieges wesentlich gestiegen. Diese Steigerung der Löhne und Gehälter wird besonders anschaulich dargestellt in einer Untersuchung des schwedischen Ministeriums für soziale Angelegenheiten. Der durchschnittliche Verdienst eines Industrie- und Transportarbeiters beträgt danach (in Kronen):

| | Jahresverdienst: | | Stundenverdienst: | |
|--------------------------|------------------|-----------------|-------------------|-----------------|
| | 1913 | 1916 Steigerung | 1913 | 1916 Steigerung |
| Männer | 1,241 | 2,678 116% | 0,45 | 1,18 162% |
| Frauen | 651 | 1,561 140% | 0,24 | 0,72 200% |
| Jugendliche bis 18 Jahre | 485 | 1,043 115% | 0,16 | 0,49 172% |
| Insgesamt | 1,091 | 2,388 119% | 0,40 | 1,06 165% |

Der große Unterschied zwischen der Steigerung der Stunden- und der Jahresverdienste ist in erster Linie auf die Herabsetzung der regelmäßigen Arbeitszeit auf acht Stunden am Tage zurückzuführen, daneben aber auch auf die häufige Kurzarbeit.

Bei den Angestellten liegen die Verhältnisse etwas weniger günstig: die Durchschnittsjahresgehälter der männlichen Angestellten (der technischen, Büro- und Handelsangestellten insgesamt) sind von 2,346 Kronen im Jahre 1913 auf 4,567 Kronen im Jahre 1928, das heißt um 94 Prozent gestiegen; die der weiblichen Angestellten von 1,135 Kronen auf 2,524 Kronen, das heißt um 122 Prozent, für beide Geschlechter zusammen von 2,049 Kronen auf 4,002 Kronen, das heißt um 95 Prozent. Unter den verschiedenen Angestelltingruppen ist die Steigerung sehr ungleichmäßig, und zwar bei den technischen Angestellten (im Durchschnitt für beide Geschlechter) um 82 Prozent, bei den Büroangestellten um 84 Prozent, bei den Handelsangestellten um 108 Prozent, dabei ist die Steigerung bei den männlichen technischen und Büroangestellten wesentlich geringer als bei den weiblichen; im Handel dagegen stehen die männlichen Angestellten heute relativ günstiger als die weiblichen.

Die Arbeitslosigkeit in Rußland.

Das bolschewistische Gewerkschaftsorgan „Trud“ (Nr. 1) meldet aus Baku, dem großen Kaspischen Zentrum, folgendes: An der Bakuer Arbeitsbörse sind gegenwärtig ungefähr 30 000 Arbeitslose registriert. Besonders groß ist die Zahl der arbeitslosen Handlungsangestellten, Nahrungsmittelarbeiter, Metallarbeiter, Bergarbeiter, Bauarbeiter usw. Eine große Zahl von Erwerbslosen ist aus anderen Republiken der Union nach Baku zugewandert. Infolge des Arbeitsmangels, der großen Wohnungsnot und der Lebensmittellieferung sind die zugewanderten Erwerbslosen in einer verzweifelten Lage.

Die Sowjetregierung hat bisher nichts getan, um diese „verzweifelte Lage“ zu lindern. Statt dessen macht sie den Arbeitern den Mund wässrig mit überflüssigem Getreide vom Stobenpendentag.

Eine Stiftung der niederländischen Transportarbeiter zur Tuberkulosebekämpfung.

Der Zentralverband niederländischer Transportarbeiter hat kürzlich ein Verzeichnis von Tuberkulosekranken veröffentlicht, das 25 000 Gulden, die die finanzielle Grundlage für einen Fonds zur Bekämpfung der Tuberkulose unter den Bundesmitgliedern und ihren Familien bilden sollen.

Aus aller Welt.

Ein Explosionsunglück im Hamburger Hafen

Bei dem auf einer mit 90 Personen besetzten Barkasse ein Ölbehälter des Motors in die Luft flog, ist nach den letzten Feststellungen dadurch entstanden, daß aus dem Motor kleinere Mengen Benzin entwichen, die wahrscheinlich dadurch zur Entzündung gekommen sind, daß einer der Passagiere in der Nähe des Motors rauchte. Bei dem Unglück haben 8 Personen schwere Verletzungen davongetragen; ein Teil schwacht in Lebensgefahr. 19 Passagiere sind leicht verletzt. Zwei Personen werden noch vermist. Die Barkasse befand sich gegen sieben Uhr morgens mitten in der Fahrinne, als plötzlich eine haushohe Stiefelflamme aus dem Motor emporstieß, der eine fürchterliche Detonation folgte, die weit über das Hafengebiet hinaus gehört wurde. Zahlreiche Personen sprangen in das eiskalte Wasser. Es muß als ein glücklicher Umstand bezeichnet werden, daß im Augenblick der Katastrophe ein reger Hafenverkehr herrschte, so daß von herbeigekommenen Dampfern sofort Hilfe geleistet werden konnte.

Weiteres Steigen des Elbehochwassers.

Das Elbe-Hochwasser ist während der Nacht zum Donnerstag um etwa 75 Zentimeter gestiegen. Die niedrigen Deiche sind bereits überflutet. Das Steigen des Hochwassers dauerte bis zum Donnerstag Nachmittag an. Ein nach Volzeburg führender Weg ist durch die Überflutungen unpassierbar geworden.

Untergang eines deutschen Dampfers.

Der aus Kopenhagen stammende Dampfer „Kitta Larsen“, der sich auf dem Wege von Drammen nach Dänemark befand, sprang in der Nähe von Färderled. Der Dampfer sank so schnell, daß die aus zwölf Personen bestehende Besatzung an Bord zweier an der Unfallstelle eingetroffenen Rettungsboote springen mußten. Zwei Mann der Besatzung wurden dabei verletzt und mußten später ins Krankenhaus gebracht werden. Vier Mann der Besatzung fielen ins Wasser, konnten aber gerettet werden.

Mühseliger Todesfall.

In seiner Wohnung in der Holzhausstraße in der Rudolf-Wolke-Strasse in Berlin wurde der 33-jährige Viktor Bernhard Haas tot aufgefunden. Die Todesursache konnte noch nicht festgestellt werden. Verschiedene Merkmale deuten jedoch auf ein Verbrechen hin. Haas wollte im Laufe des Mittwochs mit seiner Braut einen Motorradausflug unternehmen. Als die Polizei gewaltsam in die Wohnung eindrang, fand sie Haas mit mehreren Kopfverletzungen in einer großen Blutlache unbewußt und tot am Erdboden.

Einen eigenartigen Selbstmordversuch

unternahm in Berlin eine 23-jährige Stenotypistin, die eine Flasche Sulfuräther auf einen Zug auslegte. Da ihr im Krankenhaus sofort der Magen ausgepumpt wurde, kam sie ohne weitere Gesundheitsschädigung davon. Als Grund für ihren seltsamen Selbstmordversuch gab sie an, daß ihr ein Amerikaner versprochen hatte, sie an die Riviera und noch auf andere große Reisen mitzunehmen. Als der Amerikaner dann eines Tages, bevor es zu der geplanten Reise kam, spurlos verschwand, habe sie aus Verzweiflung und um den ewigen Hänseln ihrer Kolleginnen zu entgehen, sich das Leben nehmen wollen.

Durch Leuchtgas vergiftet aufgefunden

wurde am Donnerstag vormittag die 23-jährige Studentin Elise Uhlmann in ihrer Wohnung in der Reisingstraße 6 in Berlin. Nach den polizeilichen Ermittlungen handelte es sich um einen Unglücksfall.

Beim Eislauf ertrunken

ist am Donnerstag vormittag auf dem Müggelsee in Berlin ein unbekannter Mann, der beim Schlittschuhlaufen an einer dünnen Stelle des Eises einbrach. Ein Hausdiener eines Lokals versuchte mit einer Leiter dem Verunglückten, der sich an eine Eisfläche klammerte, Rettung zu bringen; er mußte aber sein Vorhaben aufgeben, da das Eis unter ihm ebenfalls einbrach. Vor den Augen mehrerer Passanten kämpfte der Eingebrochene mit den treibenden Eisschollen, bis ihn die Kräfte verließen und er den Tod in den Wellen fand.

Ein Aufwertungsschwindler

treibt seit einiger Zeit in Berlin sein Unwesen. Er gibt sich für den Beauftragten eines Reichsministers oder für einen Beamten der Berliner Reichstreuhandgesellschaft aus und spiegelt namentlich älteren Leuten vor, daß durch eine kleine Nachzahlung ihre durch die Inflation wertlos gewordenen Lebensversicherungen wieder ausleben würden. Der Betrüger, der u. a. in Hamburg unter dem Namen „Kogge“ und „Kehel“ und in Magdeburg unter dem Namen „Müller“ aufgetreten ist, hat Beträge bis zu 120 Mark erbeutet. Vor einigen Tagen ist ihm der gleiche Schwindel in Weimar gelungen, wo er 129 Mark einsteckte.

Zum 100. Todestage Charlotte Buffs.



Am 14. Januar 1824 starb Charlotte Buff, des Verurteilten zur Hinrichtung in Goethes „Werther“, die mit dem Reichsammergerichtspräsidenten in Weimar verheiratet war.

Der Kreislauf der Dinge



30 Führer der russischen Opposition sind zur Verbannung nach Sibirien verurteilt, wo die meisten von ihnen bereits einen Teil ihres Lebens verbringen mußten. Zu den Ausgewiesenen gehören Kadel (1), Katsowski (2), Kamenew (3) und Trozki (4). Dieses Wiederauflernen der früheren zaristischen Deportationen wird von den Sowjets jetzt als „Zurückweisung von Parteiarbeitern“ bezeichnet. Die Verschickung der Verfehmten nach Sibirien hat in der ganzen Welt Aufsehen hervorgerufen.

Die Millionenschwindeleien bei den Leuna-Werken.

Die bereits seit Monaten schwebende Aussen erregende Betrugsangelegenheit bei den Leuna-Werken, durch die das Werk um mehrere Millionen geschädigt wurde, zieht, wie bereits zu Beginn der Voruntersuchung gegen Ingenieur Stöck und Genossen vorausgelagert wurde, größere Kreise. Der Verdacht richtet sich jetzt auch gegen zwei Mitglieder des Leuna-Direktoriums, und zwar vor allem gegen den Erbauer des Werkes, Oberbaurat Schönberger, sowie gegen den Vorsteher der Rechtsabteilung, Dr. Poller. Gegen Direktor Schönberger, der vor einigen Tagen ganz plötzlich seinen Posten im Leuna-Werk aufgegeben hat und nach Ludwigshafen, dem Hauptsitz des Konzerns, verzogen ist, hat der Untersuchungsrichter bereits die Voruntersuchung eingeleitet. Wie eine Korrespondenz erfährt, hat die Staatsanwaltschaft auch das Verfahren gegen Dr. Poller eingeleitet. Der Verdacht gegen die beiden soll sich in der Hauptsache darauf beziehen, daß sie aus noch nicht aufgeklärten Gründen die Aufdeckung der Millionentrügereien des Leipziger Unternehmers Schönfeld und der mit ihm in Verbindung stehenden Beamten der Holzwerkstätten der Leuna-Werke verhindert haben. Schönfeld hat bisher rund 2½ Millionen Mark aus den Leuna-Werken herausgeholt, während eine von ihm angelegte Klage auf Zahlung von 11 Millionen Mark die er auf gerichtliche Rechnungen und ähnliche Unterlagen stützt, noch schwebt. In Leipzig, wo er früher lediglich Inhaber einer kleinen Malerfirma gewesen war, gilt er als einer der reichsten Leute mit dem Spitznamen „Der kleine Stinnes“. Von seinen durch die fortlaufende Einreichung fingierter Rechnungen erhaltenen Summen gab er etwa 25 Prozent an seine Helfer in der Leuna-Werk selbst, an Ingenieur Stöck und die Beamten Schlevoigt und Hechenberg ab. Die von ihm eingeklagten 11 Millionen beziehen sich auf ganz einfache Anträge von Mauer- und Eisenwerk. Verantwortlich für Zahlungseingänge und Ausgänge war der Chef der Bauabteilung, Oberbaurat Schönberger. Dieser hatte sich, nachdem er bereits mehrere Male vom Staatsanwalt vernommen worden war, nach Ludwigshafen zur Berichterstattung bei der Generaldirektion begeben. Nachdem das Verfahren gegen ihn nunmehr eingeleitet worden ist, erfolgte die sofortige Amisniederlegung Schönbergers. Direktor Dr. Poller, der die abzuschließenden Verträge, darunter auch Lieferungsverträge, zu prüfen hatte, wird zum Vorwurf gemacht, daß er den Charakter der vorgelegten Scheinverträge nicht rechtzeitig erkannt habe. Wie die Korrespondenz weiter hört, wird das Ermittlungsverfahren auch noch auf andere Angestellte aus den maßgebenden Abteilungen der Leuna-Werke wegen Fahrlässigkeit eingeleitet werden.

Tödliches Fahrtauhnglück.

Bei der Reparatur eines Betriebsfahrstuhls in einem Kaufhaus am Moritzplatz in Berlin geriet der Hilfsarbeiter Werner Arndt aus Friedenau zwischen Fahrstuhlkor und Wand. Er erlitt dabei so starke Rückenverletzungen und innere Quetschungen, daß der herbeigerufene Arzt nur noch den Tod feststellen mußte.

Neue Schuldige in Dahlem?

Die Untersuchung des Dahlemer Explosionsunglücks dürfte in den nächsten Tagen zur Verhaftung dreier Bekannter des Inhabers der Unglücksstätte führen, da gegen sie der Verdacht besteht, sich gleichfalls gegen das Sprengstoffgesetz vergangen zu haben. Die Kriminalpolizei ist jetzt zunächst dabei, aufzuklären, seit wann Weingärtner und sein getöteter Schwager Stammer die Explosivstoffe in der Villa aufbewahrt und an ihren Experimenten auch die drei fraglichen Bekannten teilgenommen haben.

Beim Spielen ertrunken.

Beim Spielen auf dem Eise sind in Döllnitz bei Halle Dienstag der zehnjährige Rudi Besselmann und der elfjährige Paul Lorenz ertrunken. Ein dritter Knabe, der ebenfalls eingebrochen war, konnte gerettet werden. Die Leichen wurden bald gefunden. Wiederbelebungsversuche waren aber erfolglos.

Frei und glücklich heim.

Mittwoch früh feuerte der Landwirt Johann Karl Häse von Jungholz (bei Bergeligen, Amt Sickingen) auf seine 17-jährige Geliebte Frieda Frommberg und verlor sie tödlich. Darauf brachte er sich selbst eine schwere Verletzung zu. Der Täter wurde ins Krankenhaus nach Sickingen gebracht. Der Grund zur Tat ist noch unbekannt.

Eingeäschertes Arsenal.

17 Tote.

Durch ein Riesfeuer wurde das Arsenal in Rio de Janeiro vollkommen vernichtet. 17 Personen sind in den Flammen umgekommen. Die Feuerwehr stand dem Brande machtlos gegenüber. Der Sachschaden wird auf mehrere hunderttausend Pfund Sterling geschätzt.

Chamberlin

macht einen vergeblichen Rekordversuch.

Der amerikanische Flieger Chamberlin unternahm am Mittwoch den Versuch, den deutschen Dauerflug-Rekord zu brechen. Er mußte aber bereits nach vier Stunden den Flug infolge Versagens der Delpumpe aufgeben.

Sieben Kinder verbrannt.

In Germantown bei Philadelphia brach in einem Gemeindehaus ein Brand aus, dem sieben Kinder zum Opfer fielen. Das Feuer nahm vom dritten Stockwerk des Gebäudes seinen Ausgang, wo sich 100 Kinder in einem abgeschlossenen Raume befanden. Eine Anzahl von Personen hat schwere Brandwunden erlitten. Das Feuer griff mit großer Geschwindigkeit um sich und vernichtete in kurzer Zeit fast das ganze Gebäude.

Ein aufregender Zwischenfall in einer Kirche in Wandsbeck.

Ein aufregender Vorfall spielte sich am Dienstag in der Christuskirche in Wandsbeck ab. Ein von religiösem Wahnsinn befallener Mann drang in die Kirche ein, umklammerte ein dort aufgestelltes Kreuz und verlangte schreierisch, um den Mann aus der Kirche zu entfernen. Das Kreuzfiß stürzte um und wurde beschädigt.

Urteil gegen Eisenbahnräuber.

Das Große Schöffengericht in Kassel fällte Donnerstag das Urteil gegen eine Reihe von Eisenbahnräubern, die die auf der Strecke Bebra-Usnushausen fahrenden Güterzüge beraubt haben. Der 22-jährige Georg Pforz aus Braunhausen im Kreise Rotenburg erhielt zwei Jahre einen Monat Zuchthaus, der Fahrtrahändler Abelhart aus Rotenburg vier Jahre Zuchthaus und der aus Dortm und stammende Ruscher August Mehl drei Jahre Zuchthaus. Allen Angeklagten wurden durch das Urteil die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt.

Tödlicher Flugzeugabsturz.

Ein dänisches Heeresflugzeug, das von einem Sergeanten geführt wurde und in dem sich ein anderer Sergeant als Beobachter befand, stürzte am Donnerstag in einen Graben an der alten inneren Befestigungsanlage Kopenhagens in unmittelbarer Nähe einer Hauptverkehrsstraße. Das Flugzeug zertrümmerte die Eisdecke und ging unter. Beide Piloten fanden den Tod.

Piraten in der Straße von Gibraltar.

Der spanische Fischdampfer Antonio wurde in einer Entfernung von sechs Meilen von Gibraltar von etwa 50 spanischen Fischerbooten, deren Besatzungen zusammen 300 Mann betragen und mit Pistolen und Messern bewaffnet waren, überfallen. Ebenso wurde der spanische Fischdampfer Maria angegriffen. Beide Schiffe wurden ausgeplündert und bei La Almorax zum Stranden gebracht. Sie konnten jedoch wieder flott gemacht und nach Gibraltar gebracht werden.

Bei einer Feirede vom Herzschlag getötet

wurde der im öffentlichen Leben Englands bekannte Lord Glanville. Als er bei der Einweihung eines Krankenhauses in London seine Feirede mit den Worten begann, er danke Gott, daß er ihn diesen Tag noch habe erleben lassen, erkrankte er plötzlich und starb an einem Herzschlag getroffen, in die Arme des neben ihm stehenden Bischofs von Swaneja. Sein Sohn, der Major Bailen, beendete die Ansprache des Vaters.

Feuer auf einem Schiff.

Bei einem Feuer, das in zwei Rohgummi enthaltenden Kabinen des Dienstags von einer Weltreise nach New York zurückgekehrten Dampfers „President Polk“ ausbrach, entstand unter den 100 chinesischen Kuli-Seeleuten eine Panik. Bei dem Versuch der Chinesen, das Schiff zu verlassen, entwickelte sich eine Schlägerei mit weißen Seeleuten, die nur mit Hilfe von Polizei beigelegt werden konnte. Es wurde niemand ernstlich verletzt. Das Feuer konnte auf seinen Brandherd beschränkt werden.

Girardenas-Meorini.



Die Sechstage-Ginger von Leipzig.

Für die Frauen

Die Rolle der Frau im Jahre 1928.

Die Rolle der Frau im Jahre 1928?
Nun ja: ihre Rolle als politische Macht — im Weltwahljahr 1928!

Als Reichstagswählerin ist die Frauengemeinschaft in Deutschland eine Macht — um zweieinhalb Millionen Stimmen größer als die Macht der Männer!

Denn nach dem Ergebnis der Volkszählung von 1925 besitzt das Deutsche Reich 30 120 000 männliche Einwohner, dagegen aber 32 350 000 weibliche. Der weibliche Gesamtüberhang beträgt also 2 230 000. Da aber bekanntlich die Zahl der Frauen vor allem im Alter der Wahlberechtigung erheblich größer als die Zahl der Männer ist, so darf das Wählerinnen-Mehr auf mindestens zweieinhalb Millionen beziffert werden.

Dies Frauenmehr und sein Frauenmehr kann deshalb viel Segen oder auch Unsegel im Wahljahr 1928 anstiften!

1928! — denn dies ist ein Wahljahr allerersten Ordnung. Es bringt die Parlamentswahlen im Deutschen Reich und in Preußen, in Hamburg, Oldenburg, Bayern, Württemberg und anderen Staaten des Reiches; aber es bringt solche Wahlen dergleichen in Amerika und Japan, in Frankreich, England, Belgien und Polen. Das aber ist von ungeheurer Bedeutung. Denn nun wird in allen diesen Ländern um die gemeinsame Frage gerungen:

Werden die neuen Wahlen überall die gleichgerichteten Parteigruppierungen und neuen Regierungen ans Fuder bringen, die eine gewisse Garantie für den Weltfrieden schaffen oder werden sie die Welt in neue Unsicherheiten hineinstürzen?

Stellen wir uns einmal vor, bei uns in Deutschland werde der große Reigen der 1928er Wahlen eröffnet, und diese brächten dann einen Sieg der rechtsgerichteten Parteien und aufs neue dann auch eine reinbürgerliche und rechtsgerichtete Regierung. Wie verhängnisvoll müßte ein solcher Wahlausgang auf das gesamte Ausland wirken? Würden nicht auch dort überall die besten Aussichten der demokratischen- und der Friedensparteien mit einem Schlag zu Schanden? Würde nicht in der ganzen Welt die Gefahr des Anwachsens von Reaktion und Militarismus vergrößert?

Jeder muß solche Lage begreifen.

Oder stellen wir es uns anders vor — nehmen wir an, die Wahlen in den anderen Ländern erfolgen zuerst und führen dort zu einem Sieg der Linken. Dazu ist in England, Frankreich und Belgien wirklich große Aussicht vorhanden. Wie aber würde die Linke dort in ihrem Wirken sofort wieder gehemmt, wenn nachher das deutsche Volk in vollständiger Verblendung seine Nationalisten und Reaktionäre wieder in den Sattel legte!

So oder so, solche Wahlen in Deutschland wären ein Stück allergeringster politischer Dummheit.

Unsere 1928er Wahlen müssen also zu einem bestimmten Schlag für die Rechte werden, denn sonst haben die Revanchepolitiker und Kriegsmacher in allen Ländern wieder für lange Zeit gewonnenes Spiel.

Dies aber zu durchkreuzen und mit allen Kräften die Befriedigung Europas herbeizuführen muß höchstens Ziel aller Staatsmänner und Politiker bleiben weil nur dadurch ein Aufstieg wieder möglich ist!

Darum erfordert die Außenpolitik, daß nach dem Vorbild Hamburgs, Altonas, Bremens, Braunschweigs usw. die Reichstagswahlen und alle Landeswahlen in Deutschland im Zeichen der stärksten Sozialdemokratie stattfinden. Überall, in Deutschland, England, Frankreich, Belgien müssen die konservativen Regierungen hinweg, weil sie das Hindernis des Friedens nach außen, aber auch das Hindernis einer freihheitlichen und sozial gerechteren Entwicklung im Innern sind. Erst wenn diese Regierungen auf der Bahre liegen, wird sich staatspolitisch das Sehnen und Streben der werktätigen Schichten besser zur Geltung bringen.

In Deutschland sind zu dem Zweck die Deutschnationalen entschieden zu schlagen. Sie sind die alten Konföderationen die schon über zwei Menschenalter lang dem Volke im Wege standen!

Wie verhielten sie sich immer?

Die deutschen Arbeiter begannen, geküßt auf Partei und Gewerkschaften, eine wirtschaftliche Besserstellung zu erstreben — die Konföderativen und ihre Helfer haben sie durch ein Sozialistengegengewehr wieder gebremst!

Die deutschen Arbeiter begannen politische Gleichberechtigung zu fordern — die Konföderativen und ihre Helfer hielten sich mit grimmiger Verbissenheit am preussischen Dreiklassenwahlrecht und an den rückständigen Wahlverfahren zur Gemeinde!

Sie hielten Sozialisten und selbst Demokraten von jedem Amt im Staate fern. Ganz zu schweigen von der Einschloßigkeit, mit der sie staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frau verneinten.

Sie hielten noch im Krieg mit rücksichtslossten Egoismus bis zum bitteren Ende an dem Anrecht ihrer bevorzugten Machtpositionen im Staate fest. Sie, gerade sie haben das politische Leben und die Stellung großer Massen zum Saate so bitter beeinträchtigt, daß ihnen eine große historische Schuld daraus erwuchs.

Als der November 1918 ihr Regiment und was ihm Helfersdienste geleistet, zusammenbrach, da vertrochen sie sich und haben nicht gewagt, die Fahne des Kaiserturns zu verteidigen. Sie vertrochen sich vor dem Volk, das guimütig und glimpflich mit ihnen verfahren ist. Als sie sich wieder herzurückzuziehen, hielten sie die Rechte der alten freikonservativen Partei und allerlei Interessengruppen von großen Landwirten und von Aristokraten um sich gesammelt, und sie nannten sich „Deutschnational“. Und sie gaben sich ein schames Programm, das auf die Monarchie verzichtet. Aber sie waren im Herzen nicht besser und unerschütterlicher als vor der Revolution.

Als ihnen nichts am Kopf und Kragen gequag, wer denn begann da schlimmer als diese „Deutschen und Nationalen“ und die noch blödsinnigeren Köpfe des Volk aufzuwachen mit den harten Friedensbedingungen, die sie der Revolution auskriechen, und für die sie doch selber durch ihre aufreizenden Kriegspropaganden vorher das Vorbild gegeben!

Wer bei uns hat schlimmer als sie gegen einen Versöhnungsfrieden gemüht und Philipp Scheidemann und die Partei beschimpft, deren Namen ein solcher Versöhnungsfrieden getragen hätte — wer selbst aus einstigem Feindesland hat elender Deutsche mit Schmutz beworfen, als dies aus „deutschen“ und „nationalen“ Kreisen her geheren ist?

Von woher wurde schlimmer als von dort gegen alle die Arbeiter und Regierungen gemüht, die ihre Popularität und ihr Leben aufs Spiel setzten, um mit Klugheit und Kampflust das Land aus den innerpolitischen Wirren und wirtschaftlichen Nöten wieder heranzuführen.

Von woher wurde schlimmer als von dort in allem Land herangemüht, das als Folge des langen Krieges und der harten Friedensbedingungen entstanden — was waren wurden elender als von dort wertvolle Teile des Volkes, die sonst größere Dienste im harten Feldbau leisten müßten, gegen die Republik und alle demokratischen Regierungen verhetzt und aufgewiegelt — von woher wurde demagogischer als von dort Kritik geübt und Verpöhlungen gegen die Regierung verbreitet, nachdem es gelang, wieder in die Regierung hineinzukommen?

Ihren jahrelangen Lärm und Trug halten wir für immer für eine Schändlichkeit in der Geschichte dieser Parteien.

Daß Deutschland heute jetzt wieder kulschieren auf einem Reichswagen, den sie selber niemals wieder flott gekriegt hätten, geschleht nicht, um in Schuldensystemen doppelt wieder gutzumachen, was sie am Volke gefehlt, sondern um durch Verleumdung soviel wie möglich wieder zurückzugewinnen von ihrer alten Machtstellung, und um in der Wirtschaftsgelährdung den Einfluß der Großpartei und des Großkapitals zu stärken, gegen die die sozialen Interessen der Volksmassen zurückstehen.

Die Deutschnationalen, diese alten Verderber, sie sind bei den Wahlen aufs Haupt zu schlagen!

Aber mit ihnen auch das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei, alle die Helfer des Reichsblods, die es bewirkt haben, daß das deutsche Regiment wieder renoviert und neu errichtet wurde.

Die Wähler als kleine Leute im Lande, sie müssen sich freimachen von dem gewaltigen Irrtum, daß in einer politischen Ehe mit den Deutschnationalen eine Politik betrieben wird, die den Inhabern der Kleinbetriebe, den Handwerkern, Detailisten, den kleinen Landwirten, geschweige denn den Arbeitern, Angestellten und kleinen Beamten nützlich ist.

Weil vor ihnen die deutschnationalen Bürgerblodpolitiker nicht zu verteidigen ist, hat Graf Westarp, der Führer der Deutschnationalen, sich zu Neujahr auf das Gebiet der Religion bezogen.

Gegen den Marxismus — für Christentum und für Religion“, dieses Wort hat er gesprochen. Ein Hohngelächter muß ihm für seine Phrase werden. Denn was diese Leute als Religion ausüben, ist daselbe, was sie als ihre „nationale“ Gesinnung betreiben. Religion, wie nationale Gesinnung ist ihnen, hohe Ziele einzuführen und damit die Masse des Volkes die die Nation bildet, zu bedrücken — den Mund voll nationalistischer Phrasen zu nehmen, und dadurch die deutsche Außenpolitik zu stören — die Kleinrentner zu belügen und Wort und Geheiß bei der Gestaltung der Lohnsteuern zu brechen.

Wie die Männerwelt ihnen das bei der Wahl danken wird, ist uns nicht zweifelhaft. Aber auch die Frauen dürfen sich nicht länger mit Redensarten von der Religion einfangen lassen, die im Munde der Rechtsparteien nichts als Köder für die Dummen sind. Nichts ist so wenig sozialisch bedrückt gewesen, nichts hat so frei sich betätigen können, wie Religion und Kirchen unter der deutschen Republik. Sankt Westarp und seine Deutschnationalen als Verteidiger wahrer Religion? — Sie sind die Underbenken, die es geben kann!

Ihr Frauen und Mädchen, die ihr bisher zum großen Teil für die bürgerlichen Parteien, sogar für die Rechtsparteien stimmte: Muß das auch 1928 so sein, daß die Frau gegen den Mann, die Schwester gegen die Bräuter, die Mutter gegen die Söhne stimmt — gegen ihr eigenes Wohl und Wehe stimmt?

Nein, nein, es muß nicht so sein — laßt es genug sein an dem, was gewesen ist!

Wenn ihr es zuzuge bringt, daß aus eurem Millionenheer bei den diesjährigen Wahlen nur annähernd so viel Frauenstimmen wie Männerstimmen auf die Sozialdemokratie einfallen, dann habt ihr damit herbeigeführt, daß die notwendige Wendung eintritt in den politischen Verhältnissen Deutschlands und im weiteren Sinne aller Länder.

Frauenarbeitsprobleme.

Nach den Ergebnissen der letzten großen Volkszählung weist Deutschland einen Frauenüberschuß von 2 Millionen auf. In dieser Zahl liegt die ganze Tragik unerfüllten Frauenlebens beschlossen. 2 Millionen Frauen werden gezwungen sein, sich einem Berufe zuzuwenden, um durch ihn wirtschaftliche Selbstständigkeit zu erlangen. 2 Millionen Frauen werden vom Glück der Ehe und der Mutterkraft ausgeschlossen bleiben, werden versuchen müssen, sich ein Leben zu formen, das auch ohne höchste Erfüllung Wärme und Inhalt hat. Noch ist die Mehrzahl der Frauen weit davon entfernt, dieses Ziel als Lebensaufgabe klar zu erkennen. Noch immer ist die „Berufstrüß“ der Frau nicht überwunden, weil die Frau in all den Jahrzehnten, in denen ihr die Berufe offen stehen, noch nicht vermocht hat, ein tieferes Verhältnis zu ihrer Arbeit zu finden, sie als Inhalt ihres Lebens zu gestalten. Daran tragen vor allem die Erziehung der Frau und die ganze historische Entwicklung der Frauenarbeit die Schuld. Besonders in den Mittelstadien der Bevölkerung wurde der Frauenberuf niemals ernst genommen und galt nur als Übergang zur Verheiratung. Aber auch die übrigen Frauen, die den Beruf nicht als Nothbehelf auffassen, konnten eine Stieps ihm gegenüber nicht überwinden, von der auch die gesamte Jugendbewegung der Nachkriegszeit erfährt war, und die heute noch teilweise in ihr wach ist. So sind viele junge Frauen zu Sklavinnen ihrer Arbeit geworden, ohne eine innere Befriedigung in ihr zu finden. Sie werden vom Beruf ausgeaugt, verdröhnt in ihm oder werden zu starren Arbeitsmaschinen, die sich der Leere ihres Daseins bewußt sind, und die die Befriedigung, die ihnen die Arbeit nicht gibt, die Stille des Lebenshungers auf Gebieten suchen, auf denen es für sie keine Harmonie und reine Befriedigung geben kann. Sie vermögen nicht den Lebensrhythmus und die Lebensform zu finden, die ihnen wesenstgemäß ist und sie an ihre Arbeit bindet.

Aber nicht nur in seelischer, auch in materieller Hinsicht vertragen die Frauen in ihrer Einstellung zum Berufe. Viele von ihnen halten es für unter Würde, bringen nicht die Kraft auf, oder erachten es als Berrat an der Heiligkeit ihres Berufes, sich in ihm — wenn notwendig, auch unter Kämpfen — wirtschaftlich zu sichern. Gewiß ist auch bei den Männern der einzelne mehr oder weniger maßlos in diesem Kampfe. Gewerkschaften und Verbände müssen in großem Rahmen die materiellen Rechte der Berufstätigen sichern. Aber der Mann hat doch eine ganz andere Einstellung zur Berufstätigkeit und versteht sich stärker durchzusetzen als die Frau. Das zeigt sich in mannigfacher Hinsicht. So ist in den letzten Jahren in der Mehrzahl der Gewerkschaften die Spannung zwischen Männer- und Frauenlägen erheblich gestiegen. In einem der typischsten Frauenberufe beispielsweise, in dem der Kürzergerin, sind die Gehaltsverhältnisse ziemlich trübsal. Das fällt um so stärker ins Gewicht, wenn man bedenkt, welche Hochbildung, welche Fülle von Kenntnissen, welche große persönliche Eignung für diese Arbeit notwendig sind, und welche hohen Anforderungen sie an die physischen und seelischen Kräfte der Kürzergerin stellt. Noch einer vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge für das vergangene Jahr aufgestellten Statistik waren in Preußen nur 16 Prozent der Kürzergerinnen in Gehaltsklassen VII eingestuft, während 53 Prozent nach Gruppe VI, 24 Prozent nach Gruppe V bezahlet wurden und die übrigen Kürzergerinnen nach Gruppe V bezahlet wurden. Die Tatsache der Knappheit der Mittel in den Gemeinden ist allein keine hinreichende Entschuldigung für eine derart schlechte Entlohnung. Vielmehr magt sie gerade das Gegenteil, daß die Frauen die höchsten Ansprüche ihrer eigenen Rechte sind, zumal da besonders die in der Kürzergerarbeit stehenden Frauen immer wieder das Mitleid empfinden, das in der Beschreibung von Gehaltsforderungen mit der Stellung wirtschaftsrechtlicher Arbeiter steht. Die Gehaltsverhältnisse der Kürzergerinnen und die übrigen an der Kürzergerarbeit interessierten Stufen für die Befriedigung der Kürzergerinnen dieser Arbeit einzusetzen.

entbehren vielfach auch so sehr jedes Verhältnisses für die Erfordernisse, die zur Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse über das nackte Leben hinaus notwendig gebären, daß sie auf jedes Angebot eingehen. Hier hat die Berufsorganisation der Akademikerinnen noch außerordentlich viel Erziehungsarbeit zu leisten, einmal an ihren Mitgliedern selbst, um in ihnen das Selbstbewußtsein zu heben und sie im wirtschaftlichen Kampfe stark zu machen, zum andern aber auch an den Arbeitgebern, die so selbstverständlich damit rechnen, daß sie an Gehaltsabhlungen sparen können, wenn sie einen weiblichen Akademiker anstellen oder für eine wissenschaftliche Arbeit, einen Vortrag usw. zu honorieren haben. Eine große Erziehungsarbeit muß die Organisation ferner an den Frauen leisten, die an der Befriedigung von Gehältern und Honoraren für Frauen maßgebend mitwirken. Was man an Engstirnigkeit und Kleinlichkeit gerade auch bei Frauen gegenüber ihren Geschlechtsgenossinnen erlebt, berechtigt zu dieser Forderung. Freilich können hier nur Richtlinien gegeben werden, aber schon die Aufstellung von Richtlinien für Gehälter usw. stützt die Stellung der berufstätigen Frauen außerordentlich. So ist es in hohem Maße zu begrüßen, daß die Berufsorganisation der Akademikerinnen namentlich für die jüngeren Kräfte Richtlinien für Vortragshonorare aufgestellt hat. Gerade auf diesem Gebiete bestehen noch besonders bei Frauen Fortschritte und Maßstäbe, die einfach unmöglich sind. Es ist deshalb dankenswert, daß der Verband seinen Mitgliedern durch seine Richtlinien den Kampf für eine angemessene Entlohnung ihrer Leistungen wesentlich erleichtert.

In dem engen Rahmen dieser Ausführungen konnte nur ein Auschnitt der Schwierigkeiten und Hemmnisse behandelt werden, die die Frau auch heute noch zu überwinden hat, nachdem ihr die Wege zu allen Berufen offen stehen. Diese Schwierigkeiten werden überwunden werden müssen, wenn die 2 Millionen Frauen, die gezwungen sind, den Beruf in den Mittelpunkt ihres Lebens zu stellen, darin innere Harmonie und Befriedigung finden sollen.

Aus der internationalen Frauenbewegung.

Im Internationalen Frauenbunde, der sich aus den verschiedenen nationalen Frauenbänden zusammensetzt, sind im wesentlichen nur bürgerliche Frauen vertreten. Da jedoch hier vermöge langer Schutlung ein erhebliches Maß von Leistungen für die gesamte Frauenbewegung zusammenkommt, und überdies internationale Beziehungen verwirklicht werden, sollten auch die sozialistischen Frauenorganisationen aufmerksam die Tätigkeit des Internationalen Frauenbundes verfolgen. Dazu kann u. a. die Bekänte des kürzlich erschienenen Jahrbuches (1925/27) des Internationalen Frauenbundes dienen, eine Veröffentlichung, die ein anschauliches Bild von der Arbeit, sowohl des Internationalen Frauenbundes selbst, als auch der dem Bunde angeschlossenen einzelnen nationalen Gruppen vermittelt.

Vor kurzem hat der Internationale Frauenbund ein bemerkenswertes Preisauschreiben veranstaltet. Die Ergebnisse dieses Preisauschreibens liegen jetzt vor. Die gestellte Aufgabe bestand darin, den Lehrern überflüssiges Material für den Unterricht der Jugend über die Arbeit und die Ziele des Arbeiterbundes zu geben. Wie stark die nationalen Frauenbünde aus den Vorkängen in anderen Ländern Anregungen und neuen Schwung gewinnen, zeigt z. B. gegenwärtig die lebhafteste Propaganda in den Ländern, die noch immer nicht das Washingtoner Abkommen ratifiziert haben. Es handelt sich dabei um den Beschluß, den Industriearbeiterinnen und Handelsgeschäftsführerinnen — leider noch nicht den Landarbeiterinnen — je sechs Wochen vor und nach der Niederkunft Unterstützungsbeiträge zuzuschicken. Die Frauenbünde in den rückständigen Ländern weisen darauf hin, daß gerade Deutschland das Abkommen ratifiziert hat, das Land, das nach so lange Jahre hinaus schwerste finanzielle Verpflichtungen gegenüber den anderen Ländern zu erfüllen hat. Im Anschluß an die Befriedigung fragen sie, wie umgekehrt dieser Lasten noch ein anderes Land zögern könnte, in gleicher Weise durch erweiterten Mutterchutz günstigere Lebensbedingungen für die kommende Generation einzuleiten. Die Frauen verlangen deshalb von ihren rückständigen Regierungen die sofortige Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Wenn Geld dazu vorhanden ist, um Kriegsmaschinen zu bauen, so ruft eine dieser Frauen ihre Landesleute auf, „um unsere Männer zu töten, so sind auch Mittel da, die das Heranwachsen einer gesunden Generation sichern und dazu beitragen können, die menschliche Zivilisation zu fördern. Das wird nicht bewirkt durch Hervorkommung militärischer Maschinen, sondern durch Erhöhung der Lebensfähigkeit der Bürger und durch den Ausbau sozialer Fürsorge.“ Wir sehen aus diesen Worten, wie die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Ideale der Sozialisten auch in der bürgerlichen Frauenwelt immer festeren Fuß fassen.

„Geschlechtsmoral und Lebensglück“

Ist der Titel der neuesten (im Verlage Grethlein & Co. in Leipzig und Zürich erschienenen) Veröffentlichung von J. W. Müller, dem bekannten Vorkämpfer einer bestimmten Art von Körperkultur, die in der täglichen Ausführung gewisser gymnastischer Übungen besteht und als „Müllers“ bezeichnet wird. Das vorliegende Buch behandelt eine andere Seite des körperlichen Lebens, die mit dem seelischen in enger Verbindung steht: das Liebesleben zwischen Mann und Weib. Es ist ein sehr vorurteilsloses Buch, das alle Dinge so offen behandelt, wie wir es selten erleben. Der Verfasser zeigt die Verlogenheit der geltenden Geschlechtsmoral auf, die etwas, das von Natur schon sein sollte, künstlich als sündhaft hinstellt, und die heute auch noch bei nicht rein kirchlicher Einstellung etwas Unreines oder zum mindesten Unschönes im Naturtrieb und seiner Befriedigung sieht, sobald diese Befriedigung nicht kirchlich oder geistlich abgestempelt ist. Neuartig ist die Auffassung Müllers, daß das Ethische und Edele und auch Naturgemäße nicht in der eigenen Befriedigung des sexuellen Triebes liegt, sondern in der Freude, die man dem anderen Teile verschafft. Diesen Vorstellungen wird man doch wohl nicht immer folgen können. Dagegen kann man wohl fast allen Ausführungen in dem Abschnitt „Freimachung des Weibes“ zustimmen. Der Verfasser bezieht die Körperlichkeit der Geburtenverhinderung, als die Ursache der Empfängnisverhütung, die Folge des künstlichen Aborts, aber auch die der allgemeinen sozialen Stellung der Frau. Diese Geburten werden in dem Abschnitt, der von der Ehe handelt, weitergeführt. Im Schluß endlich — das ist nur einmal Müllers Spezialgebiet — wird erneut der Wert der körperlichen Betätigung hervorgehoben. Wertvoll für Frauen sind die medizinischen Ratsschläge. Das Buch wird seinen Frauen- und Eheleuten manche guten Anregungen und Aufklärungen bieten.

Hinweis. Der Deutsche Zweig des Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit: Mittelste des weiblichen Kampfes und einer neuen Organisation ehemaliger Arbeiterinnen und Arbeiterinnen mit dem Zweck, von der Errichtung eines internationalen Arbeiterinnenrates oder Arbeiterinnenrates in dieser Zeit, dem weiblichen Kampfe und Arbeitslosigkeit der Arbeiterinnen und Arbeiterinnen entgegenzutreten und im wesentlichen an die Arbeiterinnenratgeber dafür einzutreten, daß Arbeiterinnen und Arbeiterinnen besser organisiert zu werden.

